



Niedersächsischer Landtag

Stenografischer Bericht

57. Sitzung

Hannover, den 17. Dezember 2009

Inhalt:

Mitteilungen des Präsidenten 7261
Feststellung der Beschlussfähigkeit..... 7264

noch
Tagesordnungspunkt 2:

19. Übersicht über Beschlussempfehlungen der ständigen Ausschüsse zu Eingaben -
Drs. 16/1965 - Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE - Drs. 16/2040 - Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 16/2013 - Änderungsantrag der Fraktion der SPD -
Drs. 16/2014 (neu)..... 7261
Sabine Tippelt (SPD)..... 7261
Karsten Heineking (CDU) 7262
Enno Hagenah (GRÜNE)..... 7263
Gabriela König (FDP)..... 7264
Beschluss 7264

noch
Tagesordnungspunkt 4:

Abschluss zweite Beratung:
Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2010.... 7265
Beschluss 7265

noch
Tagesordnungspunkt 3:

Fortsetzung zweite Beratung Haushalt 2010 - Abstimmungen (gebündelt) über Beschlussempfehlungen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen - **Schlusserklärungen - Schlussabstimmung** 7265
Wolfgang Jüttner (SPD)..... 7270
David McAllister (CDU)..... 7272, 7274, 7278
Hans-Henning Adler (LINKE)..... 7275
Stefan Wenzel (GRÜNE) 7276, 7279
Kreszentia Flauger (LINKE) 7279, 7286
Christian Dürr (FDP) 7282
Hans-Jürgen Klein (GRÜNE)..... 7285

noch
Abstimmung zu den Drs. 16/1985, Drs. 16/1986 und Drs. 16/2012 7286

Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 5 7287

Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 6 7287

Tagesordnungspunkt 21:

Zweite Beratung:

Kommunale Haushalte in Not! Stabilisierungsfonds gibt Kommunen Planungssicherheit zurück

- Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 16/1759 -
Beschlussempfehlung des Ausschusses für Inneres,
Sport und Integration - Drs. 16/19937287

Heinrich Aller (SPD).....	7287, 7293, 7295
Ralf Briese (GRÜNE).....	7288, 7289
Ursula Helmhold (GRÜNE).....	7289
Jan-Christoph Oetjen (FDP).....	7289
Bernd-Carsten Hiebing (CDU).....	7290
Hans-Henning Adler (LINKE).....	7291
Uwe Schünemann , Minister für Inneres, Sport und Integration	7292, 7294, 7295
Dr. Manfred Sohn (LINKE)	7293
<i>Beschluss</i>	7296

(Erste Beratung: 49. Sitzung am 29.10.2009)

Tagesordnungspunkt 22:

**Flughafenstandort Münster/Osnabrück stärken -
Niederländische Region Enschede/Overijssel ver-**

kehrstechnisch besser anbinden - Antrag der
Fraktionen der CDU und der FDP - Drs. 16/1951.....7296

<i>Ausschussüberweisung</i>	7296
-----------------------------------	------

Tagesordnungspunkt 23:

Erste Beratung:

**Einsetzung einer Enquetekommission "Zukunftsfähiges
Niedersachsen - leistungsfähige Kommunen,
bürgernahe Verwaltung"** - Antrag der Fraktion

der SPD - Drs. 16/19537296

Johanne Modder (SPD)	7296
Hans-Christian Biallas (CDU).....	7298, 7300
Wolfgang Jüttner (SPD).....	7300
Ralf Briese (GRÜNE).....	7301
Hans-Henning Adler (LINKE).....	7302
Jan-Christoph Oetjen (FDP).....	7303
Uwe Schünemann , Minister für Inneres, Sport und Integration	7304
<i>Ausschussüberweisung</i>	7305

Tagesordnungspunkt 24:

Der freie Elternwille muss erhalten bleiben - An-

trag der Fraktion der SPD - Drs. 16/19567305

<i>Ausschussüberweisung</i>	7305
-----------------------------------	------

Nächste Sitzung	7305
-----------------------	------

Vom Präsidium:

Präsident	Hermann Dinkla (CDU)
Vizepräsident	Dieter Möhrmann (SPD)
Vizepräsident	Hans-Werner Schwarz (FDP)
Vizepräsidentin	Astrid Vockert (CDU)
Schriftführerin	Ursula Ernst (CDU)
Schriftführerin	Ulla Groskurt (SPD)
Schriftführer	Wilhelm Heidemann (CDU)
Schriftführer	Hans-Jürgen Klein (GRÜNE)
Schriftführer	Lothar Koch (CDU)
Schriftführerin	Gabriela Kohlenberg (CDU)
Schriftführerin	Gisela Konrath (CDU)
Schriftführerin	Dr. Silke Lesemann (SPD)
Schriftführerin	Brigitte Somfleth (SPD)
Schriftführerin	Dörthe Weddige-Degenhard (SPD)
Schriftführerin	Ursula Weisser-Roelle (LINKE)

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident

Christian Wulff (CDU)

Minister für Inneres, Sport und Integration

Uwe Schünemann (CDU)

Staatssekretär Wolfgang Meyerding,

Ministerium für Inneres, Sport und Integration

Finanzminister

Hartmut Möllring (CDU)

Staatssekretärin Cora Hermenau,

Finanzministerium

Ministerin für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit

Mechthild Ross-Luttmann (CDU)

Staatssekretärin Dr. Christine Hawighorst,

Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit

Kultusministerin

Elisabeth Heister-Neumann

Staatssekretär Dr. Bernd Althusmann,

Kultusministerium

Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Jörg Bode (FDP)

Minister für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung

Hans-Heinrich Ehlen (CDU)

Staatssekretär Friedrich-Otto Ripke,

Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung

Justizminister

Bernhard Busemann (CDU)

Staatssekretär Dr. Jürgen Oehlerking,

Justizministerium

Minister für Wissenschaft und Kultur

Lutz Stratmann (CDU)

Minister für Umwelt und Klimaschutz

Hans-Heinrich Sander (FDP)

Beginn der Sitzung: 9.00 Uhr.

Präsident Hermann Dinkla:

Guten Morgen, meine Damen und Herren! Ich eröffne die 57. Sitzung im 19. Tagungsabschnitt des Niedersächsischen Landtages der 16. Wahlperiode.

Mitteilungen des Präsidenten

Die Beschlussfähigkeit stelle ich zu einem späteren Zeitpunkt fest.

Geburtstag hat heute der Abgeordnete Karl-Heinrich Langspecht.

(Beifall)

Ich übermittle Ihnen im Namen des ganzen Hauses herzliche Glückwünsche, Gesundheit und Wohlergehen für das vor Ihnen liegende neue Lebensjahr!

Zur Tagesordnung: Wir beginnen die heutige Sitzung mit den strittigen Eingaben. Anschließend kommen wir zu den Abstimmungen im Rahmen der Haushaltsberatung. Ich kündige jetzt schon an, dass es eine Marathonabstimmung sein wird. Danach behandeln wir die Tagesordnungspunkte 21 bis 24.

Die heutige Sitzung soll gegen 14.35 Uhr enden.

Ich darf Sie herzlich bitten, Ihre Reden bis Freitag, den 29. Dezember 2009, 12 Uhr, an den Stenografischen Dienst zurückzugeben.

Die mir zugegangenen Entschuldigungen teilt Ihnen nunmehr die Schriftführerin mit.

Schriftführerin Dörthe Weddige-Degenhard:

Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es haben sich entschuldigt von der Fraktion der CDU Frau Bertholdes-Sandrock, von der Fraktion der SPD Herr Schneck und von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Heinen-Kljajić.

Präsident Hermann Dinkla:

Vielen Dank. - Wir kommen jetzt erneut zu **Tagesordnungspunkt 2:**

19. Übersicht über Beschlussempfehlungen der ständigen Ausschüsse zu Eingaben - Drs. 16/1965 - Änderungsantrag der Fraktion DIE

LINKE - Drs. 16/2040 - Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 16/2013 - Änderungsantrag der Fraktion der SPD - Drs. 16/2014 (neu)

Über die Ausschussempfehlung zu den Eingaben in der Drs. 16/1965, zu denen keine Änderungsanträge vorlagen, haben wir bereits in der 54. Sitzung am 14. Dezember 2009 entschieden. Wir beraten jetzt nur noch über die Beschlussempfehlungen in der Drs. 16/1965, zu denen die genannten Änderungsanträge vorliegen.

Dazu ist noch Folgendes mitzuteilen: Durch ein Versehen wurde in der Drs. 16/2014 die in der Eingabenübersicht unter Buchstabe E Nr. 2 aufgeführte Eingabe 1163 strittig gestellt. Mit der Drs. 16/2014 (neu) wird dies korrigiert und zugleich klargestellt, dass sich der Änderungsantrag der Fraktion der SPD auf die bereits von anderen Fraktionen strittig gestellte Eingabe 1217 bezieht, die unter Buchstabe E Nr. 5 aufgeführt ist. Wir werden daher im Anschluss an die Beratung und bevor wir zu den strittigen Eingaben kommen, zunächst über die nur irrtümlich strittig gestellte Eingabe 1163 abstimmen.

Außerdem möchte ich Ihnen mitteilen, dass die Fraktionen übereingekommen sind, die Eingabe 1069, die in der Eingabenübersicht unter Buchstabe E Nr. 1 aufgeführt ist, zunächst erneut im Ausschuss zu beraten.

Wir kommen jetzt zur Beratung der strittigen Eingaben. Ich erteile Frau Kollegin Tippelt von der SPD-Fraktion das Wort. Sie spricht zu der Eingabe 1012. Bitte schön!

Sabine Tippelt (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich spreche zu der Eingabe 1012 von Herrn Josef Weissmann aus Bersenbrück.

In dieser Eingabe geht es um die Nachrüstung von behindertengerechten Aufzügen an der Gleisüberbrückung in Bersenbrück. Hier brauchen ältere Reisende, Reisende mit Behinderungen oder Reisende mit Kleinkindern unsere Unterstützung.

(Beifall bei der SPD)

Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Fraktionen von CDU und FDP, haben ihnen diese Unterstützung aber versagt. Sie muten ihnen weiter-

hin eine Treppe mit 72 Stufen oder einen Umweg von 500 m zu.

(Gerd Ludwig Will [SPD]: Unerhört!)

Dabei bleiben all diesen Menschen nur fünf Minuten Zeit, einen Anschlussbus zu erreichen. Mit Glück fährt eine Stunde später der nächste Bus.

Solche Zustände sind unzumutbar, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

Das Unverständliche dabei ist, dass die Vorrichtungen für die zwei Aufzüge zwar angebracht wurden, aber die Fahrstühle selbst bis heute fehlen. Begründet wird der bisherige Verzicht auf einen Aufzug damit, dass zunächst die Zahl von 1 000 Ein- und Aussteigern werktäglich überschritten werden müsse. Dieser Wert wird mittlerweile erreicht.

Zwischenzeitlich haben sich aber die Finanzierungsrahmenbedingungen geändert. Es geht nicht mehr um das Erreichen des Schwellenwertes, sondern die DB AG muss die Finanzierung der Investitionen und der Betriebskosten der Aufzüge in vollem Umfang sicherstellen. Nach Kenntnis des Landes hat die DB AG derzeit keine Eigen- oder Bundesmittel für die Nachrüstung von Aufzügen in Bersenbrück vorgesehen.

Um das Vorhaben zu beschleunigen, hat die Stadt Bersenbrück nun in Aussicht gestellt, die Planung zu übernehmen und das Projekt zu finanzieren. Wesentlicher Baustein hierfür ist die anteilige Förderung der Investitionen durch das Land. Zwischenzeitlich hat das Land signalisiert, dass das Vorhaben in das entsprechende Jahresbauprogramm aufgenommen wird, wenn die Stadt Bersenbrück einen Förderantrag stellt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir können nun darüber streiten, warum die CDU/FDP-Koalition solche elementaren Bauvorhaben in die Zuständigkeit der DB AG stellt und sich hier aus ihrer gesellschaftlichen Verantwortung zieht. Nichtsdestotrotz hoffe ich aber, Sie stimmen mit uns und den Grünen dafür, diese Eingabe der Landesregierung zur Berücksichtigung zu überweisen, und helfen so mit, den mobilitätseingeschränkten Personen, also älteren Reisenden, Reisenden mit kleinen Kindern und vor allem Reisenden mit Behinderungen, in Bersenbrück nicht noch mehr von ihrer Mobilität zu nehmen.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Es ist eine politische Aufgabe, die Nutzung des öffentlichen Personennah- und -fernverkehrs für alle Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen sicherzustellen. Ich hoffe auf Ihre Unterstützung.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Präsident Hermann Dinkla:

Ich erteile jetzt dem Kollegen Heineking von der CDU-Fraktion das Wort.

Karsten Heineking (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich spreche zu derselben Eingabe wie meine Vorrednerin.

(Gerd Ludwig Will [SPD]: Und stimme ihr zu!)

Ich möchte zunächst feststellen, dass die Fraktionen von CDU und FDP hier sehr wohl etwas für ältere und behinderte Menschen und auch für kleine Kinder tun wollen. Deshalb votiert sie dafür, den Einsender dieser Eingabe über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.

(Kreszentia Flauger [LINKE]: Hä?)

Warum ist das so?

(Unruhe)

Präsident Hermann Dinkla:

Herr Kollege, ich darf Sie unterbrechen. - Ich möchte noch einmal eindringlich darum bitten, dass hier im Plenarsaal mehr Ruhe herrscht.

Karsten Heineking (CDU):

Unser Kollege Reinhold Coenen, der vor Ort tätig ist, hat in den vergangenen Tagen sehr viele Gespräche geführt. Darin ist deutlich geworden, dass das Land Niedersachsen, vertreten durch die Landesnahverkehrsgesellschaft, 75 % der Finanzierung sicherstellt. Jetzt geht es nur noch darum, wer die anderen 25 % aufbringt.

Eigentlich ist es Aufgabe des Bundes und der Bahn, diese 25 % zu tragen. Würden wir hier für „Berücksichtigung“ votieren, würde allerdings frühestens im Jahr 2013 jemand anfangen, sich Gedanken darüber zu machen. Sie alle können sich

vorstellen, dass dann vor 2020 nichts passieren würde.

Um das zu verhindern, hat Herr Coenen dafür gesorgt, dass die Stadt Bersenbrück 25 % der Finanzierung übernimmt. Damit kann schon jetzt mit den Maßnahmen begonnen werden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Sie werden sehen, dass die behindertengerechten Aufzüge in kürzester Zeit am Bahnhof in Bersenbrück gebaut sein werden. Also folgen Sie bitte unserem Votum „Sach- und Rechtslage“.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Hermann Dinkla:

Ich erteile jetzt dem Kollegen Hagenah von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Enno Hagenah (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Kollege Heineking, die Worte hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der SPD - Editha Lorberg [CDU]:
Das ist so typisch!)

Der Glaube fehlt mir wegen der Aussagen Ihrer Fraktion und der Aussage der Kollegin König von der FDP-Fraktion im Ausschuss, als wir diese Petition behandelt haben.

Waren es nicht Sie, Herr Hoppenbrock, der davor gewarnt hat, einen Präzedenzfall zu schaffen? Schließlich warten sie ja selber schon jahrelang darauf, dass ein entsprechender Fahrstuhl bei Ihnen vor Ort gebaut wird.

(Ernst-August Hoppenbrock [CDU]:
Zwei!)

Haben Sie nicht auch im Ausschuss zu bedenken gegeben, dass wir die Prioritätenliste ja gar nicht kennen würden? Und war sich Frau König nicht ganz sicher, dass wir, wenn wir für „Berücksichtigung“ bzw. für ein schnelles Handeln plädieren, die Bahn aus ihrer Verpflichtung entlassen würden? - In diesem Geiste haben Sie „Sach- und Rechtslage“ vorgeschlagen.

Die Landesverwaltung, das Wirtschaftsministerium hat erklärt, dass „Berücksichtigung“ durchaus sinnvoll wäre, da Mittel vorhanden seien und nur ein entsprechender Antrag gestellt und von uns, dem Landtag, der politische Wille bekundet werden müsste. Wir müssten die Priorität auf die Situation

der vielen mobilitätsbehinderten Menschen in Bersenbrück legen und uns dafür aussprechen, dass die Aufzüge dort gebaut werden - obwohl im Lande viele solcher Aufzüge fehlen -; denn Bersenbrück sei bereit, den Investitionskostenanteil von 25 % zu übernehmen, auch wenn ihn eigentlich - das sehen wir sehr wohl - die Bahn tragen müsste. Daran, dass die Bahn nicht genügend Mittel hat, ist allerdings die schwarz-gelbe Bundesregierung schuld.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der SPD - Editha Lorberg [CDU]:
Na klar!)

Die Stadt Bersenbrück hat sich sogar bereit erklärt, die Betriebskosten zu tragen, und zwar meines Wissens mit Ratsmehrheit. Ich wüsste nicht, dass dort eine Alleinregierung eines Herrn Coenen existiert. Die Ratsmehrheit hat das auf Anregung der Grünen

(Heinz Rolfes [CDU]: Klar, auf Anregung der Grünen haben die das gemacht! Wovon träumen Sie eigentlich?)

auf die Prioritätenliste gesetzt, weil es in diesem Ort aufgrund der zahlreichen Einrichtungen der heilpädagogischen Hilfe so viele mobilitätsbehinderte Menschen gibt und dieser Umweg von 700 m, der dort im Moment gemacht werden muss, weil die Bahn vorschützt, sie habe vom Bund nicht genügend Mittel erhalten, diese Menschen zusätzlich benachteiligt.

Würden wir also heute, wie wir es vorschlagen, „Berücksichtigung“ beschließen, dann würden wir deutlich machen, dass wir das genauso sehen wie der Rat von Bersenbrück, und dann würden wir den politischen Beschluss fassen, dass diese Priorität von der LNVG auch so gesetzt werden soll.

Wenn Sie aber „Sach- und Rechtslage“ beschließen - inklusive den von Ihnen im Ausschuss zu Protokoll gegebenen Kommentaren -, dann beschließen Sie das Prinzip Hoffnung: Man muss in der Prioritätenliste nachschauen, wo Bersenbrück steht, und dann wird man weitersehen. - Das ist die falsche Antwort auf das Entgegenkommen der Kommune vor Ort.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Präsident Hermann Dinkla:

Ich erteile der Kollegin König von der FDP-Fraktion das Wort.

Gabriela König (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Hagenah, so einfach lasse ich Sie da nicht raus.

(Christian Meyer [GRÜNE]: Wir Sie auch nicht!)

Sollten wir bei dieser Petition „Berücksichtigung“ beschließen, dann würden wir allen anderen Gemeinden in diesem Land, die sich in einer ähnlichen Situation befinden, Tür und Tor öffnen. Deshalb können wir das nicht tun. Wir können nicht für einen Bahnhof „Berücksichtigung“ beschließen und dies beim nächsten Bahnhof, der möglicherweise in Ihrem Wahlkreis steht, dann nicht mehr tun, weil keine Mittel zur Verfügung stehen.

Deshalb ist „Sach- und Rechtslage“ eine sinnvolle Entscheidung. Wir finden es gut, dass die Stadt Bersenbrück die Kosten übernehmen will. Das wird durch „Sach- und Rechtslage“ durchaus abgedeckt.

Sie haben allerdings unterschlagen, dass man nicht einfach entlang der Bahngleise etwas bauen darf. Das darf originär nur die Bahn. Deswegen kann das auch nur die Landesnahverkehrsgesellschaft übernehmen.

Die Landesnahverkehrsgesellschaft muss die Mittel zur Verfügung stellen. Dies würde sie auch tun, sofern wir dafür plädieren. Das haben wir gemacht. Die Landesnahverkehrsgesellschaft hat uns erklärt, dass sie in 2011 die Möglichkeit sieht, diesen Bahnhof zu unterstützen. Wenn die Stadt Bersenbrück weiterhin bereit ist, sich an den Kosten zu beteiligen, dann wird man das Ganze dann auch umsetzen können.

Damit ist dieser Petition genüge getan. Das sollte man der Stadt auch mitteilen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Präsident Hermann Dinkla:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Wir kommen jetzt zu den Abstimmungen.

Wie bereits angekündigt, stimmen wir zunächst über die nur irrtümlich strittig gestellte Eingabe 1163 ab. Wer zu dieser Eingabe die Beschlussempfehlung des Ausschusses annehmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen?

(Ernst-August Hoppenbrock [CDU] meldet sich)

Das Erste war die Mehrheit. Insofern ist der Beschlussempfehlung des Ausschusses gefolgt.

(Unruhe)

- Ich habe es eingangs erklärt: Es geht jetzt erst einmal nur um die eine, irrtümlich strittig gestellte Eingabe. Daher erwarte ich Konzentration. Das gilt auch für alle Abgeordneten bei ihrem Stimmverhalten.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Wir kommen jetzt zu den strittigen Eingaben. Ich rufe sie einzeln bzw. bei gleichem Sachverhalt im Block auf und lasse zunächst über die Änderungsanträge und, falls diese abgelehnt werden, dann über die Ausschussempfehlung abstimmen.

Bevor ich das tue, stelle ich die **Beschlussfähigkeit** des Hauses fest.

Ich rufe die Eingabe 1012 auf. Sie betrifft die Nachrüstung von behindertengerechten Aufzügen an der Gleisüberbrückung am Bahnhof Bersenbrück.

Hierzu liegt der eben diskutierte Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor. Er lautet auf „Berücksichtigung“. Ich stelle ihn zur Abstimmung. Wer ihm folgen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Änderungsantrag wurde abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses. Sie lautet auf „Sach- und Rechtslage“. Zusätzlich soll die Eingabe zuständigkeitshalber an den Deutschen Bundestag weitergeleitet werden. Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses seine Zustimmung geben will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Beschlussempfehlung des Ausschusses wurde gefolgt.

Ich rufe die Eingabe 1230 auf. Sie betrifft den Fremdsprachenunterricht.

Hierzu liegen gleichlautende Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor. Sie lauten auf „Berücksichtigung“. Ich stelle sie zur Abstimmung. Wer ihnen seine Zustimmung geben will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Die Änderungsanträge wurden abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses. Sie lautet auf „Sach- und Rechtslage“. Wer ihr seine Zustimmung geben will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Der Beschlussempfehlung des Ausschusses wurde gefolgt.

Ich rufe die Eingabe 1217 auf. Sie betrifft die Berücksichtigung von Härtefällen beim Aufnahmeverfahren nach § 59 a Abs. 1 NSchG.

Hierzu liegen gleichlautende Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der SPD vor. Sie lauten auf „Material“. Ich stelle sie zur Abstimmung. Wer ihnen seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Die Änderungsanträge wurden abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses. Sie lautet auf „Sach- und Rechtslage“. Wer ihr seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Der Beschlussempfehlung des Ausschusses wurde gefolgt.

Damit haben wir diesen Tagesordnungspunkt abgeschlossen.

Ich rufe erneut **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Abschluss zweite Beratung:

Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2010

Zu diesem Punkt liegt die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen in der Drs. 16/1933 vor.

Wir kommen zur Einzelberatung. Ich rufe auf:

Artikel 1. - Hierzu liegt eine Änderungsempfehlung des Ausschusses vor. Wer ihr seine Zustimmung geben will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Das Erste war die Mehrheit.

Artikel 2. - Unverändert

Artikel 3. - Hierzu liegt eine Änderungsempfehlung des Ausschusses vor. Wer ihr seine Zustimmung geben will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das Erste war die Mehrheit.

Artikel 3/1. - Hierzu liegt ebenfalls eine Änderungsempfehlung des Ausschusses vor. Wer ihr seine Zustimmung geben will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das Erste war die Mehrheit.

Artikel 4. - Hierzu liegt ebenfalls eine Änderungsempfehlung des Ausschusses vor. Wer ihr seine Zustimmung geben will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das Erste war die Mehrheit.

Artikel 5. - Unverändert.

Artikel 6. - Unverändert.

Gesetzesüberschrift. - Unverändert.

Wir kommen zur Schlussabstimmung. Wer dem Gesetzentwurf insgesamt seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich zu erheben. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das Erste war die Mehrheit.

Ich rufe jetzt erneut **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Fortsetzung zweite Beratung Haushalt 2010 - Abstimmungen (gebündelt) über Beschlussempfehlungen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen - **Schlusserklärungen** - **Schlussabstimmung**

Bevor wir mit den Einzelberatungen beginnen, möchte ich darauf hinweisen, dass die Landtagsverwaltung in Abstimmung mit dem Finanzministerium die auf der Grundlage der Beschlussempfehlungen zu den Einzelplänen und auf der Grundlage des Änderungsantrags der Mehrheitsfraktionen in der Drs. 16/2016 errechneten Ergebnisse - die entsprechende Beschlussfassung selbstverständlich vorausgesetzt - bereits jetzt als Fassung der zweiten Beratung in der Drs. 16/2025 an Sie verteilt. Auf diese Weise können wir nach der Einzelberatung und den Schlusserklärungen der Fraktionen sogleich zur Schlussabstimmung kommen.

Wir kommen jetzt zur Einzelberatung der Einzelpläne und des Haushaltsgesetzes. Abgestimmt wird sowohl über die zu den Einzelplänen und zum Haushaltsgesetzentwurf vorliegenden Beschlussempfehlungen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen als auch über die Änderungsanträge der Fraktionen.

Ich lasse nunmehr zu jedem Einzelplan zunächst über die jeweilige Beschlussempfehlung und die entsprechenden Änderungsanträge abstimmen. Dabei stimmen wir über die sich auf den jeweiligen Einzelplan beziehenden Teile des Änderungsantrags der Fraktion DIE LINKE in der Drs. 16/1984, anschließend des Änderungsantrags der Fraktion der SPD in der Drs. 16/2011, dann des Ände-

rungsantrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drs. 16/2015 neu, danach des Änderungsantrags der Fraktionen der CDU und der FDP in der Drs. 16/2016 und zuletzt über die Beschlussempfehlung des Ausschusses ab.

Die Abstimmung über die Beschlussempfehlung zum Haushaltsgesetzentwurf schließt sich daran an.

Ich rufe auf:

Einzelplan 01 - Landtag. Hierzu liegt ein Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drs. 16/2015 neu vor. Wer ihm zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Änderungsantrag wurde abgelehnt.

Wir kommen damit zur Beschlussempfehlung des Ausschusses in der Drs. 16/1971. Wer ihr seine Zustimmung geben will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Beschlussempfehlung wurde gefolgt.

Einzelplan 02 - Staatskanzlei. Hierzu liegen Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE, der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie die Beschlussempfehlung des Ausschusses vor.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in der Drs. 16/1984 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Änderungsantrag wurde abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD in der Drs. 16/2011 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Änderungsantrag wurde abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drs. 16/2015 neu seine Zustimmung geben will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Änderungsantrag wurde abgelehnt.

Ich lasse nun über die Beschlussempfehlung des Ausschusses in der Drs. 16/1972 abstimmen. Wer der Ausschussempfehlung seine Zustimmung geben will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Beschlussempfehlung des Ausschusses wurde gefolgt.

Einzelplan 03 - Ministerium für Inneres, Sport und Integration. Hierzu liegen Änderungsanträge der

Fraktion DIE LINKE, der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie die Beschlussempfehlung des Ausschusses vor.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in der Drs. 16/1984 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Änderungsantrag wurde abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD in der Drs. 16/2011 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Änderungsantrag wurde abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drs. 16/2015 neu seine Zustimmung geben will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Änderungsantrag wurde abgelehnt.

Ich lasse nun über die Beschlussempfehlung des Ausschusses in der Drs. 16/1973 abstimmen. Wer der Ausschussempfehlung seine Zustimmung geben will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Beschlussempfehlung des Ausschusses wurde gefolgt.

Einzelplan 04 - Finanzministerium. Hierzu liegen Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE, der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie die Beschlussempfehlung des Ausschusses vor.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in der Drs. 16/1984 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Änderungsantrag wurde abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD in der Drs. 16/2011 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Änderungsantrag wurde abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drs. 16/2015 neu seine Zustimmung geben will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Änderungsantrag wurde abgelehnt.

Ich lasse nun über die Beschlussempfehlung des Ausschusses in der Drs. 16/1974 abstimmen. Wer der Ausschussempfehlung seine Zustimmung geben will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Be-

schlussempfehlung des Ausschusses wurde gefolgt.

Einzelplan 05 - Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit. Hierzu liegen ebenfalls Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE, der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie die Beschlussempfehlung des Ausschusses vor.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in der Drs. 16/1984 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Änderungsantrag wurde abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD in der Drs. 16/2011 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Änderungsantrag wurde abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drs. 16/2015 neu seine Zustimmung geben will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Änderungsantrag wurde abgelehnt.

Ich lasse nun über die Beschlussempfehlung des Ausschusses in der Drs. 16/1975 abstimmen. Wer der Ausschussempfehlung seine Zustimmung geben will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Beschlussempfehlung des Ausschusses wurde gefolgt.

Einzelplan 06 - Ministerium für Wissenschaft und Kultur. Hierzu liegen ebenfalls Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE, der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie die Beschlussempfehlung des Ausschusses vor.

Wir kommen zunächst zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in der Drs. 16/1984. Wer ihm seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dem Änderungsantrag wurde nicht entsprochen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD in der Drs. 16/2011. Wer dem seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dem Änderungsantrag wurde ebenfalls nicht entsprochen.

Wir kommen nun zu dem Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drs. 16/2015 neu. Wer ihm seine Zustimmung

geben möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dem Änderungsantrag wurde ebenfalls nicht entsprochen.

Wir kommen jetzt zur Beschlussempfehlung des Ausschusses in der Drs. 16/1976. Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Beschlussempfehlung des Ausschusses wurde gefolgt.

Einzelplan 07 - Kultusministerium. Hierzu liegen Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE, der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie die Beschlussempfehlung des Ausschusses vor.

Wir kommen zunächst zur Abstimmung über Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in der Drs. 16/1984. Wer ihm seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dem Änderungsantrag wurde nicht entsprochen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD in der Drs. 16/2011. Wer ihm seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dem Änderungsantrag wurde ebenfalls nicht entsprochen.

Wir kommen dann zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drs. 16/2015 neu. Wer dem seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dem Änderungsantrag wurde ebenfalls nicht entsprochen.

Wir kommen nun zur Beschlussempfehlung des Ausschusses in der Drs. 16/1977. Ich stelle die Beschlussempfehlung zu Abstimmung. Wer dem seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Beschlussempfehlung des Ausschusses wurde gefolgt.

Einzelplan 08 - Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr. Hierzu liegen Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE, der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie die Beschlussempfehlung des Ausschusses vor.

Wir kommen zunächst zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in der Drs. 16/1984. Wer ihm seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Ge-

genstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dem Änderungsantrag wurde nicht entsprochen.

Wir kommen nun zu dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD in der Drs. 16/2011. Ich stelle den Änderungsantrag zur Abstimmung. Wer ihm seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dem Änderungsantrag wurde ebenfalls nicht entsprochen.

Wir kommen dann zu dem Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drs. 16/2015 neu. Wer dem seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dem Änderungsantrag wurde ebenfalls nicht entsprochen.

Wir kommen nun zur Beschlussempfehlung des Ausschusses in der Drs. 16/1978. Diese Beschlussempfehlung des Ausschusses stelle ich zur Abstimmung. Wer dem seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Beschlussempfehlung des Ausschusses wurde damit gefolgt.

Einzelplan 09 - Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung. Hierzu liegen Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE, der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie die Beschlussempfehlung des Ausschusses vor.

Wir kommen zunächst zu dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in der Drs. 16/1984. Diesen Änderungsantrag stelle ich zu Abstimmung. Wer ihm seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dem Änderungsantrag wurde nicht entsprochen.

Wir kommen dann zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD in der Drs. 16/2011. Wer dem seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dem Änderungsantrag wurde ebenfalls nicht entsprochen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drs. 16/2015 neu. Wer ihm seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dem Änderungsantrag wurde nicht entsprochen.

Wir kommen nun zur Beschlussempfehlung des Ausschusses in der Drs. 16/1979. Ich stelle sie zur Abstimmung. Wer ihr seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Beschlussempfehlung des Ausschusses wurde gefolgt.

Einzelplan 11 - Justizministerium. Hierzu liegen Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE, der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie die Beschlussempfehlung des Ausschusses vor.

Ich lasse zunächst abstimmen über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in der Drs. 16/1984. Wer dem seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dem Änderungsantrag wurde nicht entsprochen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD in der Drs. 16/2011. Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dem Änderungsantrag wurde nicht entsprochen.

Wir kommen zu dem Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drs. 16/2015 neu. Ich stelle diesen Änderungsantrag zur Abstimmung. Wer dem seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dem Änderungsantrag wurde nicht entsprochen.

Wir kommen damit zur Beschlussempfehlung des Ausschusses in der Drs. 16/1980. Diese Beschlussempfehlung stelle ich hiermit zur Abstimmung. Wer dem seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Beschlussempfehlung des Ausschusses wurde damit gefolgt.

Einzelplan 12 - Staatsgerichtshof. Hierzu liegt ein Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor. Der Ausschuss hat keine Änderung empfohlen. Ich lasse daher nur über den Änderungsantrag abstimmen.

Ich stelle den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drs. 16/2015 neu zur Abstimmung. Wer dem seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Keine. Damit hat der Änderungsantrag keine Mehrheit gefunden.

Einzelplan 13 - Allgemeine Finanzverwaltung. Hierzu liegen Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE, der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktionen der CDU und der FDP sowie die Beschlussempfehlung des Ausschusses vor.

Wir kommen zunächst zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in der Drs. 16/1984. Wer dem seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dem Änderungsantrag wurde nicht entsprochen.

Wir kommen zu dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD in der Drs. 16/2011. Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD wurde nicht entsprochen.

Wir kommen zu dem Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drs. 16/2015 neu. Diesen Änderungsantrag stelle ich zur Abstimmung. Wer dem seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dem Änderungsantrag wurde ebenfalls nicht entsprochen.

Wir kommen nun zu dem Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP in der Drs. 16/2016. Diesen Änderungsantrag stelle ich zur Abstimmung. Wer dem seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dem Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP ist damit gefolgt worden.

Ich lasse jetzt nur noch über die Ausschussempfehlungen im Übrigen abstimmen, da der Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP eine Mehrheit gefunden hat.

Ich stelle die Beschlussempfehlung des Ausschusses in der Drs. 16/1981 im Übrigen zur Abstimmung. Wer dem seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist auch der Beschlussempfehlung im Übrigen gefolgt worden.

Einzelplan 14 - Landesrechnungshof. Hierzu liegt ein Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor. Der Ausschuss hat keine Änderung empfohlen. Ich lasse daher nur über den Änderungsantrag abstimmen.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drs. 16/2015 neu seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit wurde dem Änderungsantrag nicht entsprochen.

Einzelplan 15 - Ministerium für Umwelt und Klimaschutz. Hierzu liegen Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE, der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie die Beschlussempfehlung des Ausschusses vor.

Wir kommen zunächst zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in der Drs. 16/1984. Wer dem folgen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dem Änderungsantrag wurde nicht entsprochen.

Wir kommen dann zu dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD in der Drs. 16/2011. Wer dem seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dem Änderungsantrag wurde nicht entsprochen.

Wir kommen dann zum Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drs. 16/2015 neu. Ich lasse darüber abstimmen. Wer dem seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dem Änderungsantrag wurde ebenfalls nicht entsprochen.

Wir kommen jetzt zur Beschlussempfehlung des Ausschusses in der Drs. 16/1982. Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses folgen möchte, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Beschlussempfehlung des Ausschusses wurde damit gefolgt.

Wir kommen zum Einzelplan 20 - Hochbauten. Hierzu liegen Änderungsanträge der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie die Beschlussempfehlung des Ausschusses vor. Wie mir mitgeteilt wurde, besteht der Wunsch, bei der Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses diejenigen Titel einzeln aufzurufen, die den Neubau des Landtages betreffen. Dies ist nach § 81 Abs. 2 unserer Geschäftsordnung möglich. Ich werde daher bei der Abstimmung über die Beschlussempfehlung zu Kapitel 20 11 Titel 712 64 die vom Ausschuss für Haushalt und Finanzen empfohlene Erhöhung der Ausgaben und die Ausbringung einer Verpflichtung

tungsermächtigung getrennt zur Abstimmung stellen.

Zunächst lasse ich über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD in der Drs. 16/2011 abstimmen. Ich bitte um Handzeichen, wer dem seine Zustimmung geben möchte. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dem Änderungsantrag wurde nicht entsprochen.

Wir kommen dann zum Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drs. 16/2015 neu. Wer diesem Änderungsantrag folgen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dem Änderungsantrag wurde nicht entsprochen.

Wir kommen jetzt zur Beschlussempfehlung des Ausschusses in der Drs. 16/1983. Es geht um das Kapitel 20 11 Titel 712 64 - Ansatzserhöhung um 8 Millionen Euro. Hierbei geht es konkret um den eben erwähnten Neubau des Landtages. Ich darf dies zur Abstimmung stellen und bitte um das Handzeichen, wer dem seine Zustimmung geben kann. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Ich stelle fest, dass der Beschlussempfehlung des Ausschusses gefolgt worden ist.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Wir kommen damit zu Kapitel 20 11 Titel 712 64 - Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 37 Millionen Euro. Ich stelle diese Beschlussempfehlung ebenfalls zur Abstimmung und bitte um das Handzeichen, wer dem seine Zustimmung geben möchte. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Auch hat das eine deutliche Mehrheit hier im Landtag gefunden. Ich will hier gerne einflechten, dass ich mich bei dem Punkt ganz besonders herzlich beim Parlament dafür bedanke.

Ich komme jetzt zum Einzelplan 20 im Übrigen, lasse darüber abstimmen und bitte um Handzeichen, wer dem seine Zustimmung geben kann. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Insofern ist auch der Einzelplan 20 im Übrigen auf die breite Mehrheit des Hauses gestoßen.

Wir kommen jetzt zum Haushaltsgesetzentwurf. Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen empfiehlt, den Gesetzentwurf in der Drs. 16/1560 mit den in der Beschlussempfehlung in der Drs. 16/1970 vorgeschlagenen Änderungen anzunehmen.

Ich rufe jetzt die Paragraphen des Haushaltsgesetzentwurfes 2010 der Reihe nach auf:

§ 1 einschließlich Anlage 1 in der Fassung der Unterrichtung in der Drs. 16/2025, d. h. unter Berücksichtigung der zu den Einzelplänen beschlossenen Änderungen. - Wer dem seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das hat die Mehrheit des Hauses gefunden.

§ 2. - Unverändert.

§ 3. - Unverändert.

§ 4. - Unverändert.

§ 5. - Unverändert.

§ 6 einschließlich Anlage 2. - Es geht um eine Änderungsempfehlung des Ausschusses. Ich bitte um Handzeichen, wer dem seine Zustimmung geben kann. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Auch das hat die Mehrheit des Hauses gefunden.

§ 7. - Unverändert.

§ 8. - Unverändert.

§ 9. - Unverändert.

§ 10. - Hierzu liegt eine Änderungsempfehlung des Ausschusses vor, über die ich jetzt abstimmen lasse. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Auch das hat die Mehrheit des Hauses gefunden.

§ 11. - Unverändert.

§ 12. - Unverändert.

§ 13. - Unverändert.

§ 14. - Unverändert.

§ 15. - Unverändert.

Gesetzesüberschrift. - Unverändert.

Bevor wir zur Schlussabstimmung kommen, ist jetzt den Fraktionen die Gelegenheit gegeben, die, wie bereits vereinbart, jeweils zehnteiligen **Schlusserklärungen** zum Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010 abzugeben. Bitte schön, Herr Kollege Jüttner.

Wolfgang Jüttner (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die SPD-Fraktion hat einen Antrag eingereicht. Über 350 Millionen Euro widmen wir um, und wir bilden eigene Schwerpunkte, insbesondere im Bereich der Bildungspolitik, aber auch beim Sichern von Landesvermögen. Ich stelle fest: Die Mehrheit

dieses Hauses hat sich mit diesem Antrag überhaupt nicht auseinandergesetzt.

(Beifall bei der SPD)

Ich stelle aber auch fest, meine Damen und Herren, dass sich die Mehrheit dieses Hauses in fast jedem Beitrag mit der Regierungspolitik der SPD im letzten Jahrhundert und zu Beginn dieses Jahrhunderts auseinandergesetzt hat. Warum eigentlich, meine Damen und Herren?

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Weil wir darunter leiden!)

Wovor haben Sie eigentlich Angst?

(Vizepräsident Dieter Möhrmann übernimmt den Vorsitz)

Sie haben Angst davor, sich mit dem auseinanderzusetzen, was wir Ihnen heute als Anträge auf den Tisch legen. Das ist das Problem, das Sie haben.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Bei allem Respekt vor der Qualität unserer früheren Arbeit: Das interessiert die Leute heute nicht; sie wollen wissen, was die Antworten für morgen sind, meine Damen und Herren, und nicht, welche Auseinandersetzungen wir hier vor sieben Jahren geführt haben. Die Zeit ist nun wirklich vorbei. Die Leute haben ein Anrecht darauf, Antworten auf die Fragen von morgen zu bekommen, meine Damen und Herren. Wir sind in der schwerwiegendsten Wirtschafts- und Finanzkrise, die Leute sind hochgradig verunsichert, aber Sie stellen sich hier hin und erzählen von früher. Das will niemand mehr hören, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Sie wissen doch wie ich: Wir haben in Niedersachsen die Talsohle in dieser Krise nicht erreicht. Die Gewerbesteuererinnahmen der Kommunen werden zusammenbrechen mit weitreichenden Folgen, die Arbeitslosigkeit wird in den nächsten Monaten drastisch steigen mit weitreichenden Folgen bei den Betroffenen in der Arbeitsverwaltung und in unseren Kommunen, meine Damen und Herren. Bei der Gelegenheit muss man schon noch einmal darauf hinweisen: Ausgangspunkt und Ursache dieser Krise sind nicht die Gier und der Rechtsbruch Einzelner, sondern ist die logische Konsequenz im System, meine Damen und Herren. Marktradikale wie Sie haben veranlasst, dass wir in diese Krise gerutscht sind.

(Starker Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN - Wi-

derspruch bei der CDU und bei der FDP - Christian Dürr [FDP]: Was?)

Der Marktradikalismus zerstört den Markt, und dann wird die Politik gerufen, um das Marktversagen zu beenden und wieder geordnete Verhältnisse herbeizuführen, meine Damen und Herren. Natürlich war es richtig, was die Große Koalition gemacht hat,

(Ah! bei der CDU und bei der FDP)

beim Bankenrettungssystem, beim Konjunkturpaket, bei der Kurzarbeiterregelung, meine Damen und Herren. Aber das waren nur die ersten Schritte. Die Aufgabe muss doch sein, dass sich eine solche Krise nicht wiederholt, meine Damen und Herren. Da sind wir gefordert, und da stehen die nächsten Schritte aus. Was erleben wir? - Nichts als Peinlichkeit!

(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei den GRÜNEN)

Der krönende Höhepunkt dieser Parlamentsdebatte war die Analyse unseres Wirtschaftsministers zur wirtschaftlichen Lage. Was hat Herr Bode hier gestern gesagt? Er hat gesagt: Die Wirtschaft befindet sich gerade in einer Verschnaufpause. In einer Verschnaufpause, meine Damen und Herren!

(Heiterkeit bei der SPD - Unruhe bei der CDU und bei der FDP)

Was heißt das, Herr Bode? Ist der Casino-Kapitalismus gerade zum Pausentee gegangen, oder was ist hier los?

(Kreszentia Flauger [LINKE]: Mittags-schlaf!)

Die Logik dieses Sprachgebrauchs heißt doch: Es soll morgen so weitergehen wie gestern, die nächste Krise wird nicht lange auf sich warten lassen.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Interessant ist auch, was Schwarz-Gelb in Berlin in dieser Krise als erste Antwort bringt: ein Paket, das mit Wachstum zusammengebracht wird, aber das Gegenteil provoziert. Herr Wulff, Ihr Nein morgen ermöglicht heute, dass wir miteinander Beitragsfreiheit für alle Kita-Jahre in Niedersachsen beschließen. Dabei machen wir gerne mit.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ihre Zustimmung morgen wäre allerdings ein schwerer Angriff insbesondere auf die kommunale Selbstverwaltung. Die Kommunen sind von Ihnen in Schutz zu nehmen; sie können sich nicht allein helfen. Wenn der Bundesrat morgen zustimmt, ist die logische Konsequenz mindestens für uns: Die Kommunen müssen ein eigenständiges Klagerecht beim Bundesverfassungsgericht bekommen, weil Sie ihnen nicht mehr helfen wollen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Das zweite Thema ist der Bildungsgipfel gestern, eine peinliche Schmierkomödie, aber alle Rollen erstklassig besetzt: Jasager, Intriganten, Ignoranten, Bedenkenräger, Hütchenspieler, alles dabei und Herr Wulff mittendrin.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Das Ergebnis gestern: Vertagung. Bei der Bankenrettung ist es gelungen, innerhalb von einer Woche 500 Milliarden Euro zu mobilisieren. Beim angeblich wichtigsten Thema in Deutschland sind Sie gestern nicht imstande gewesen, auch nur eine müde Mark, einen müden Euro zu mobilisieren. Wer soll für diese systematische Unfähigkeit noch ein Fitzelchen Verständnis aufbringen?

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Unsere Vorschläge zur Bildungspolitik liegen auf dem Tisch; ich muss sie hier nicht wiederholen. Aber ich sage Ihnen eines: Dass bei diesem Thema nichts zustande kommt, hat auch damit zu tun, dass auch diese Landesregierung vor wenigen Jahren beim Thema Föderalismusreform den Bund aus der Mitfinanzierung rausgeschmissen hat. Das war damals schon ein schwerwiegender Fehler, was sich heute in aller Deutlichkeit zeigt. Wir fordern: Weg mit dem Kooperationsverbot in der Verfassung!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Christian Dürr [FDP]: Was hat damals Ihre Partei eigentlich gemacht?)

Drei Tage Debatte haben uns gezeigt: Ihre Bilanz, liebe Mehrheit - - -

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Geschichtslos!)

- Geschichtslos? Wir machen einmal einen Extrakurs für Sie.

Ihre Bilanz ist kläglich, und zwar quer durch alle Politikfelder. Konzeptionelle Überlegungen finden bei Ihnen erkennbar nicht statt. Meine Prognose: 2010 schummeln Sie sich möglicherweise noch durch, aber ab 2011 wird es verheerend. Wir sprechen uns wieder.

Um zur Zukunftsfähigkeit eine abschließende Bemerkung zu machen: Die Journalisten haben Ihnen zur Koalitionsvereinbarung und zur Regierungserklärung im Jahre 2008 ins Stammbuch geschrieben:

(Reinhold Coenen [CDU]: Immer rückwärts arbeiten!)

Diese Mehrheit ist ohne jeden Gestaltungswillen. - Das war nicht von mir, das war die öffentliche Einschätzung.

(Zuruf von der CDU: Wer war das denn?)

Ich stelle fest: Mit der demokratischen Rechten in Niedersachsen ist kein Staat zu machen.

Herzlichen Dank.

(Starker, anhaltender Beifall bei der SPD - Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN - Björn Thümler [CDU]: Das war alles?)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Für die CDU-Fraktion hat jetzt Herr McAllister das Wort. Bitte!

David McAllister (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Seit Montagnachmittag hat das Hohe Haus diesen Landeshaushalt 2010 ganz intensiv beraten. Ich hatte die Gelegenheit, sehr vielen Debatten auch zu den Einzelhaushalten beizuwohnen. Ich stelle zunächst fest, dass die allermeisten Debatten in diesem Hause sachlich und konstruktiv über die Bühne gegangen sind. Alle Fachexperten der Fraktionen haben sich intensiv mit ihren Themen beschäftigt und zum Teil sehr detaillierte Ausführungen gemacht. Obwohl es einige wenige unglückliche Debatten in dieser Woche gab - das ist wohl wahr -, waren es doch insgesamt gute Haushaltsdebatten für das Jahr 2010.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich möchte zum Landeshaushalt vier Anmerkungen machen:

Erstens. Dieser Landeshaushalt 2010 wird beraten und beschlossen mitten in der schwersten Wirtschafts- und Finanzkrise seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland. Diese Krise ist noch lange nicht überwunden. Diese Krise zeichnet sich für uns als Staat - in diesem Falle als Land Niedersachsen - dadurch aus, dass wir einen massiven Einbruch der Steuereinnahmen zu verzeichnen haben und auf der anderen Seite durch Konjunkturprogramme und andere Wachstum stimulierende Maßnahmen zusätzliche Ausgaben tätigen müssen. Das ist die Ausgangssituation.

Wie viele Bundesländer in Deutschland ihre Netto-neuverschuldung anheben müssen, so ist auch der Bund gezwungen, deutlich in die Neuverschuldung zu gehen. Wir alle haben in dieser Woche über die Beratungen in Berlin gelesen. Der Bund wird im nächsten Jahr 86 Milliarden Euro neue Schulden aufnehmen müssen. Wir erleben eine massive Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts. Weil dies so ist, müssen auch wir in Niedersachsen die Neuverschuldung wie in 2009 auch für 2010 auf 2,3 Milliarden Euro festlegen. Ich sage für meine Fraktion - ich denke, für beide Koalitionsfraktionen und für die Regierung -: Diese Neuverschuldung ist bitter und ärgerlich; aber in der jetzigen Situation wäre es absolut kontraproduktiv, gegen die Krise anzusparsen. Deshalb ist diese Neuverschuldung unvermeidbar. Sie ist ohne Alternative, und deshalb können wir auch guten Gewissens zu ihr stehen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wenn wir in den letzten Jahren seit 2003 nicht so konsequent konsolidiert hätten, müssten wir eine deutlich höhere Neuverschuldung vornehmen. Insofern hat sich unsere Konsolidierungspolitik seit 2003 ausgezahlt.

Herr Jüttner, nun war ich doch über Ihre Einlassung überrascht, man dürfe nicht mehr über die Zeit zwischen 1990 und 2003 sprechen. Ich kann mir vorstellen, dass Sie sich wünschen, dass wir Sie nicht mehr daran erinnern. Nur eines ist in der Politik klar: Man darf politisch Handelnde nicht nur an ihren Worten messen, man muss sie an ihren Taten messen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -
Zustimmung bei der SPD)

Sie hatten von 1990 bis 2003 die Chance, zu beweisen, was Sie können, und Sie sind 2003 in

eindrucksvoller Art und Weise von den Menschen in Niedersachsen abgewählt worden, weil Sie dieses Land gegen die Wand gefahren hatten, weil Sie dieses Land in den Ruin führen wollten.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Herr Jüttner, Sie waren damals Minister, Herr Bartling auch. Wir entlassen Sie nicht aus der Verantwortung. Sie haben hier 2002 mit Ministerpräsident Gabriel einen Landeshaushalt verabschiedet, der eine um 650 Millionen Euro höhere Neuverschuldung vorsah, als wir es heute tun, obwohl wir jetzt - und nicht damals - die schlimmste Wirtschafts- und Finanzkrise haben.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Wir treffen uns mal beim Staatsgerichtshof!)

- Nein, nein, Herr Jüttner, das lassen wir nicht durchgehen. Sie brauchen uns nicht zu belehren, weil Sie in der Zeit, in der Sie Regierungsverantwortung trugen, versagt haben.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP - Björn Thümler [CDU]: Sehr richtig! - Wolfgang Jüttner [SPD]: Sie machen Verfassungsbruch, mein Lieber! Sie sind ein Verfassungsbrecher!)

Das Zweite ist: Es ist doch abenteuerlich, dass Sie diese weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise, die ihren Ausgang in Nordamerika hatte, weil sich dort eine Bankenkultur verselbstständigt hatte, die nichts mit europäischer Bankenkultur und erst recht nichts mit sozialer Marktwirtschaft zu tun hatte - - -

(Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

- Sie werfen uns vor, wir seien die Marktradikalen und seien dafür verantwortlich. Ich will Ihnen eines sagen, Herr Jüttner, nur um Ihre eigene Erinnerung aufzufrischen:

(Detlef Tanke [SPD]: Leipziger Programm!)

Wer hat die Unternehmensverkäufe in Deutschland steuerfrei gestellt? Wer hat die Anforderungen an den Börsenhandel gelockert?

(Detlef Tanke [SPD]: Leipziger Programm!)

Wer hat die Anlagemöglichkeiten von Fonds erweitert? Wer hat den Derivatehandel auch im Immobiliengeschäft gestattet? - Das war die rot-grüne

Bundesregierung von Gerhard Schröder und niemand anders!

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP - Zurufe - Unruhe - Hans-Henning Adler [LINKE] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Herr Kollege McAllister, gestatten Sie eine Zwischenfrage? - Nein.

David McAllister (CDU):

Ich darf daran erinnern, dass es die rot-grüne Regierung war,

(Anhaltende Unruhe - Glocke des Präsidenten)

die es den Banken erleichtert hat, Kreditforderungen zu verbrieften, also Kredite in handelbare Wertpapiere zu verwandeln und zu verkaufen.

(Zurufe von der SPD)

Und wer war es, der die Hedgefonds in Deutschland zugelassen hat? - Nur damit wir bei der historischen Wahrheit bleiben: Das war das rot-grüne Investmentmodernisierungsgesetz. Hören Sie also auf, uns hier solche Belehrungen vorzuhalten!

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, dieser Landeshaushalt 2010 sichert wichtige Investitionen gerade im Zeitalter der Krise. Das Konjunkturprogramm II und die Initiative Niedersachsen werden mit insgesamt 1,4 Milliarden Euro umgesetzt. Wir geben 265 Millionen Euro mehr für die Bildung aus als im letzten Jahr. Wir investieren darüber hinaus, neben dem Konjunkturprogramm, 500 Millionen Euro in die Infrastruktur: 108 Millionen Euro in unsere Seehäfen, 76,8 Millionen Euro in den JadeWeserPort, 50 Millionen Euro in die östliche Erweiterung des Offshorebasishafens in Cuxhaven, 73,5 Millionen Euro in Landesstraßen und Radwege und 69 Millionen Euro in den Deich- und Küstenschutz. Wir sagen: Investitionen in die Infrastruktur sind wichtige Zukunftsinvestitionen, gerade jetzt, in diesen wirtschaftlich schwierigen Zeiten.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Eine dritte Anmerkung: Sie haben zum wiederholten Male wie am Montag das Wachstumsbeschleunigungsgesetz der Bundesregierung kritisiert.

(Zurufe von der SPD: Zu Recht!)

Ich will Ihnen sagen: Dieses Gesetz ist ein wichtiger Beitrag, Wachstum in diesem Land zu erzeugen.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Darüber lacht ganz Deutschland!)

Eines müssen Sie begreifen, Herr Jüttner: Mit staatlichen Ausgabenprogrammen allein werden wir die Krise nicht überwinden. Wir brauchen wirtschaftliches Wachstum in diesem Land. Wachstum ist der Schlüssel zur Lösung unserer Probleme. Da muss die Politik Anreize setzen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Sie mögen dagegen sein. Wir halten es für richtig, dass die Unternehmenssteuerreform so verändert wird, dass Wachstumsbremsen gelockert werden, gerade auch für unsere mittelständischen Betriebe in Niedersachsen. Wir wollen, dass die Erbschaftsteuerreform familienfreundlich nachgebessert wird. Wir wollen, dass die Steuerermäßigung für den Agrardiesel fortgesetzt wird - auch das ist ein Bestandteil des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Sie müssen sehr lange nicht mehr auf einem Hof gewesen sein, wenn Sie nicht wissen, in welcher schwierigen Situation sich ein Teil der Landwirtschaft zurzeit befindet.

(Beifall bei der CDU)

Aber das Wichtigste ist - über die Hälfte des Volumens wird dafür zur Verfügung gestellt -: Wir wollen - das sage ich ausdrücklich; da wiederhole ich meine Worte vom Montag -, dass die schweigende Mehrheit in diesem Land, nämlich die bürgerliche Mitte, Familien mit Kindern, steuerlich entlastet werden, weil sie die Leistungsträger unserer Gesellschaft sind.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich habe sehr aufmerksam Ihren Argumenten zugehört. Sie und auch andere Redner haben am Montag gesagt, das Geld sei besser beim Staat als in den Portemonnaies der Bürgerinnen und Bürger aufgehoben.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Das unterscheidet uns. Wir vertrauen den einzelnen Bürgern. Wir wollen, dass die Bürger Verant-

wortung für dieses Land übernehmen und erst in zweiter Linie der allmächtige Staat.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, deshalb wird Niedersachsen dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz morgen mit sehr guten Argumenten zustimmen.

Ich fasse zusammen:

Erstens. Dieser Landeshaushalt 2010 ist ein Zeichen politischer Handlungsstärke. Wir bleiben auch in Krisenzeiten handlungsfähig. Das haben wir uns durch unsere Konsolidierungsanstrengungen seit 2003 hart erarbeitet.

Zweitens. Dieser Landeshaushalt 2010 setzt klar erkennbare politische Schwerpunkte. Wir investieren in den Bereichen, die für die Zukunft des Landes besonders wichtig sind.

Drittens. Der vertrauliche Umgang mit den Landesfinanzen

(Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN: Vertraulich?)

ist und bleibt ein Markenzeichen dieser Landesregierung und dieser Regierungskoalition.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP - Lachen und Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN und Lachen bei der LINKEN)

- Sie sehen, meine Damen und Herren: Selbst die Opposition gratuliert mir zu diesen Wahrheiten! Es ist schön, dass Sie das erkannt haben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Wolfgang Jüttner [SPD]: Lies mal im Protokoll nach, was du erzählt hast! - Ursula Helmhold [GRÜNE]: Freud-scher Fehler!)

Viertens. Wir wissen, dass wir auch in der Krise eine Verantwortung für künftige Generationen haben. Deshalb sind wir fest entschlossen, ab 2011 die Nettokreditaufnahme wieder zurückzuführen. Wir wollen die Vorgaben, die das Grundgesetz formuliert hat, fest und sicher einhalten.

Die CDU-Fraktion wird mit sehr guten Argumenten und voller Überzeugung diesem Haushaltsgesetz 2010 und dem Haushaltsbegleitgesetz zustimmen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Starker, nicht enden wollender Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren, die Geschäftsordnung sieht vor, dass auch in diesem Fall von der Möglichkeit der Kurzintervention Gebrauch gemacht werden kann. Ich bin mir nicht ganz sicher, ob das bei den Schlusserklärungen so gehandhabt werden sollte, insbesondere wenn die jeweilige Fraktion noch Redezeit hat. Aber die Geschäftsordnung sieht das vor.

Herr Adler, Sie haben das Wort.

(Beifall bei der LINKEN)

Hans-Henning Adler (LINKE):

Vielen Dank, Herr Präsident! - Zwei Bemerkungen, Herr McAllister: Erstens. Sie sprachen eben von einem „vertraulichen“ Umgang mit den Finanzen. Ich hoffe, das wird Ihnen nicht gelingen. Ich bin vielmehr immer noch dafür, dass die Finanzen Gegenstand öffentlicher Beratungen und öffentlicher Diskussion sind.

(Beifall bei der LINKEN und Zustimmung bei den GRÜNEN)

Zweitens. Herr McAllister, Sie haben eben zu Recht die Sünden der Bundestagsmehrheit aus SPD und Grünen aufgezählt, als es um die neoliberale Veränderung ging, u. a. die Ermöglichung von Hedgefonds. Das ist völlig richtig.

(Hans-Jürgen Klein [GRÜNE]: Das ist doch Unsinn, was Sie erzählen! Absoluter Unsinn! - Stefan Wenzel [GRÜNE]: Das ist Blödsinn, Herr Adler! Das stimmt einfach nicht!)

Aber der Vollständigkeit halber hätten Sie auch das Abstimmungsverhalten der CDU/CSU-Fraktion in dieser Frage darstellen sollen. Sie hat nämlich zugestimmt, und die FDP sowieso.

(Beifall bei der LINKEN - Detlef Tanke [SPD]: Ist das wirklich wahr? - Ralf Briesse [GRÜNE]: Das ist ja der Hammer!)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren, die CDU-Fraktion verzichtet auf eine Erwiderung.

(Zuruf von den GRÜNEN: Aha! - Zuruf von der SPD: Das ist auch besser!)

Ich gebe jetzt dem Kollegen Wenzel von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort. Bitte schön!

Stefan Wenzel (GRÜNE):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!
Herr McAllister, Krise in New York? - Ich wusste gar nicht, dass die sächsische Landesbank und die Bayerische Landesbank ihre Stammsitze in New York haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Wir haben damit begonnen - das auch zu Herrn Adler -, die Hedgefonds zu regulieren.

(Lachen bei der CDU - Christian Dürr [FDP]: Guter Job! Ist Ihnen das denn gelungen?)

Der CDU/CSU und der FDP ist das immer zu weit gegangen.

Die Schulden, die wir heute mit dem Haushalt 2010 und dem dritten Nachtrag beschließen, werden auch weit in die Zukunft hinein wirken. Im Kern beraten wir heute den Haushalt mit der höchsten Neuverschuldung in der Geschichte des Landes, Herr McAllister.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist ein Schuldenrekord von 3,3 Milliarden Euro zusammen mit dem verfassungswidrigen Nachtrag 2009, den wir vor dem Staatsgerichtshof beklagen.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: So ist es!)

Ein Teil dieser horrenden Neuverschuldung ist auf die Krise zurückzuführen. Aber ein großer Teil ist auch die Folge Ihrer Fehler, Herr McAllister und Herr Wulff.

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der SPD und bei der LINKEN)

In fatalem Gleichklang mit der Regierung in Berlin will die Regierung Wulff/Bode Steuergeschenke auf Pump verteilen, die unser Land und unsere Kommunen in der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise weiter unter Druck setzen. Jetzt wird über Kompensationen verhandelt, aber dieses Gegengeschäft macht das Gesetz noch unsinniger.

„Der Beschenkte zahlt“ titelte die *Süddeutsche Zeitung* am 15. Dezember 2009 und fragte: „Ist das jetzt politischer Betrug oder eher Selbstbetrug der Regierung?“ Wenn Sie diese Frage hier ehrlich beantworten, Herr Ministerpräsident, dann müssen

Sie zugeben, dass dies ein politischer Betrug an all denen ist, die diese Zeche am Ende bezahlen müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Ich gehe noch einen Schritt weiter und sage Ihnen, dass das Schuldenwachstumsbeschleunigungsgesetz ein doppelter Betrug ist. Der zweite Betrug geschieht dort, wo dieses Gesetz ausgrenzt, wo die Kinder reicher Eltern mehr wert sind als die Kinder der weniger gut Betuchten,

(Beifall bei den GRÜNEN)

wo 200 000 Kinder in Niedersachsen komplett leer ausgehen werden, wo mit einer Mehrwertsteuer-senkung Lobbyinteressen auf Kosten der Allgemeinheit bedient werden.

Das Gesetz, dem Sie, Herr Ministerpräsident, morgen im Bundesrat zustimmen wollen, treibt die Entsolidarisierung in unserer Gesellschaft weiter voran.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Herr McAllister, Sie haben uns am Montag in Ihrer hitzigen Rede vorgetragen, für wen Sie, für wen die CDU in Niedersachsen Politik machen will.

(Karl-Heinrich Langspecht [CDU]: Eine gute Rede!)

Sie haben von der schweigenden Mehrheit gesprochen, die in Zukunft mehr netto vom Brutto haben soll. Sie haben aufgelistet, wer alles Ihrer Meinung nach dazugehört.

Haben Sie eigentlich darüber nachgedacht, welche Konsequenzen sich aus solch einer Aufzählung ergeben? Sie sprechen von jungen Menschen, die heiraten, als ob andere Lebensideale oder andere Partnerschaften nicht die gleiche Anerkennung verdienen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie sprechen von denen, die morgens aufstehen, als ob die anderen alle ganz faul den ganzen Tag im Bett herumliegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie nennen die, die ihre Kinder in die Kindertagesstätte fahren, als ob die, die keinen Platz bekommen oder die ihn nicht bezahlen können, nicht wollen, dass ihre Kinder gut betreut werden.

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der SPD und bei der LINKEN - Helge Limburg [GRÜNE]: Ganz genau!)

Sie meinen die, die arbeiten gehen, als ob denen, die keine Arbeit haben, kein Platz in unserer Gesellschaft zusteht.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Sie nennen die, die abends mit ihren Kindern die Hausaufgaben machen, als ob die, die dies nicht schaffen - beispielsweise wegen Schichtarbeit -, nur Rabeneltern sind.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Ingrid Klopp [CDU]: Das haben wir nie gesagt! Das ist alles aus dem Zusammenhang genommen!)

Meine Damen und Herren, die schweigende Mehrheit in unserer Gesellschaft soll mehr netto vom Brutto haben. Was ist mit den Langzeitarbeitslosen, den Geringverdienern, den Leiharbeitern, den Aufstockern, den Praktikanten, den Schulabbrechern,

(Ursula Helmhold [GRÜNE]: Den Menschen mit Behinderung!)

den Ungelernten, den Berufsunfähigen, den Einwanderern und Flüchtlingen, den Pflegebedürftigen und den Kranken?

Meine Damen und Herren, Sie sagen „Leistung soll sich wieder lohnen“. Wir sagen: Gerechtigkeit muss zentrale Richtschnur der Politik in diesem Lande sein!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ein ehrlicher und unge-trübter, parteipolitisch neutraler Blick auf die gesellschaftliche Wirklichkeit zeigt: Immer noch sieht man die im Lichte besser, und die im Dunkeln sieht man nicht.

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Bertolt Brecht, zweiter Aufzug!)

Herr Ministerpräsident, Sie haben mit 4,6 Milliarden Euro neuen Schulden die Hand zum Offenbarungseid gehoben und reklamieren jetzt die Alternativlosigkeit dieser Politik.

Sie haben viel zu lange gebraucht, um sich über das Ausmaß der Krise bewusst zu werden. Aber das lag wahrscheinlich auch daran, dass es um eine Krise Ihrer Wertesysteme ging, die hier

zugleich mit betroffen waren. Sie glauben auch heute noch immer an die selig machende Wirkung des ewigen Wachstums. Mit Ihren zu optimistischen Wachstumserwartungen treiben Sie uns noch tiefer in die Neuverschuldung!

(Ingrid Klopp [CDU]: Besser Optimist als Pessimist!)

Ihre Schwerfälligkeit und auch Ihre Mutlosigkeit im Umgang mit der Krise liegen auch daran, dass Sie sich den wirklichen Herausforderungen in diesem Lande - in der Klimapolitik, in der Bildungspolitik, in der Migrationspolitik - nicht ernsthaft stellen.

Sie plündern die Staatskasse, verteilen damit Geschenke an Ihre Klientel und konservieren alte Strukturen.

Herr Ministerpräsident, Sie haben dabei auch Ihre eigenen selbst gesteckten Ziele hinter sich gelassen, sowohl bei dem Vorhaben, keine neuen Schulden zu machen, als auch dabei, den Schuldenberg abzubauen. Jetzt stehen Sie vor Ihrer eigenen, selbst gebauten Eigernordwand. Mit der schlecht aufgestellten Seilschaft Ihrer Minister werden Sie diese Herausforderung nicht meistern,

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

auch deshalb nicht, weil Ihnen die Kraft für eine längst überfällige Kabinettsreform fehlt.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, vor uns liegt eine Abstimmung über den Haushalt 2010. Hinter uns liegen teilweise recht turbulente Tage. Ich glaube, dass es richtig ist, heute auch eine Einschätzung zu den Ereignissen der letzten drei Tage zur Sprache zu bringen.

Meine Damen und Herren, es ist gut, dass sich das Präsidium mit den Fraktionen gleich zu Beginn des neuen Jahres Zeit nimmt, um über Verbesserungen im Umgang miteinander zu sprechen.

(Lachen bei der CDU - Klaus Krumfuß [CDU]: Das höre ich gerade!)

Was auch immer zur Diskussion stehen mag, eines steht fest: Wenn es Probleme gibt, dann werden diese Probleme vom Parlament zu lösen sein und nicht von den Ministern und vom Ministerpräsidenten.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Um es klar zu sagen: Herr Wulff, Ihre Intervention am Montag war überflüssig, wenn nicht gar unzulässig. Das haben wir uns nicht ausgedacht, Herr McAllister, sondern das steht so in der Verfassung.

(Wilhelm Hogrefe [CDU]: Er ist auch Abgeordneter!)

Sie, Herr Wulff, und Ihre Regierung haben laut Verfassung - das ist der Wortlaut - Zutritt zu den Sitzungen des Landtages, aber Sie unterstehen - auch das ist Wortlaut der Verfassung - der Ordnungsgewalt des Landtagspräsidenten. Sie können erwarten, dass Sie hier freundlich und fair behandelt werden.

(Lachen bei der CDU)

Gleiches erwarten auch wir. Herr Wulff, Sie sitzen dort oben nicht auf einem Thron und haben hier nichts anzuordnen.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN, bei der SPD und bei der LINKEN)

Sie wissen ganz genau, dass zur Arbeit hier im Parlament leidenschaftliche Debatten gehören,

(Zuruf von der CDU: Aber kein Twitter!)

in denen es auch immer einmal wieder zu einer falschen Wortwahl kommen kann. Dafür haben wir unsere Regeln, dazu gehören die Ordnungsrufe. Auch Herr Dinkla hat damit durchaus seine Erfahrungen gemacht, schließlich ist er nicht als Landtagspräsident auf die Welt gekommen.

Auch Sie, Herr Ministerpräsident, sind in dieser Hinsicht, wenn ich es einmal so formulieren darf, nicht gerade ein Kind von Traurigkeit. Auch Sie haben als Abgeordneter schon Ordnungsrufe für Beleidigungen wie „Lügner“ oder „Dreckschleuder“ kassiert. Nicht zuletzt war es ein Abgeordneter Ihrer Fraktion, der vor einigen Jahren den damaligen Ministerpräsidenten Sigmar Gabriel mit genau der gleichen Vokabel belegt hat, die am Montag für so viel Aufregung gesorgt hat.

(Christian Meyer [GRÜNE]: Hört, hört!)

Meine Damen und Herren, dieser Landtag ist keine Hafenkneipe, aber er ist auch keine Klosterschule. Daran, dass er ein lebendiger Ort, voller spannender Debatten und harter, aber - das ist mir sehr wichtig - fairer Auseinandersetzungen bleibt, müssen wir alle immer wieder hart arbeiten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Wulff und sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung, es mag sein, dass Ihnen die monatli-

chen Landtagssitzungen, unsere Fragen und auch unsere zum Teil harte Kritik zunehmend strapaziös erscheinen.

(Lachen bei der CDU)

Seien Sie gewiss: Umgekehrt geht es uns oft nicht anders. Aber ich glaube, auch das ist der Preis für das, was wir gemeinhin Demokratie nennen. An der Stelle sind wir uns, glaube ich, am Ende alle einig. Trotz aller Probleme: Eine bessere Form, Politik zu machen, ist bislang nicht erfunden worden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, heute ist ein historischer Tag. Wenn Frau Merkel und ihre Kollegen in Kopenhagen versagen, dann wird das fatale Folgen für das Klima, für unsere Zukunft und vor allen Dingen für unser aller Kinder haben.

Gemessen an der Weltklimakonferenz mag manchem unsere heutige Abstimmung über den Landeshaushalt 2010 unbedeutend erscheinen. Aber für die Zukunft unseres Landes Niedersachsen, für die Bildung unserer Kinder, für ein Leben in sozialer Gerechtigkeit und für die Sicherung unserer natürlichen Lebensgrundlagen ist der heutige Tag von entscheidender Bedeutung.

Deshalb darf es nach meiner festen Überzeugung keine Zustimmung zu diesem Haushalt und zu dem schwarz-gelben Schuldenwachstumsgesetz in Berlin geben.

Ich danke Ihnen.

(Starker Beifall bei den GRÜNEN, bei der SPD und bei der LINKEN)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren, ich habe meine Meinung nicht geändert, aber auch Herr McAllister möchte von der Möglichkeit der Kurzintervention Gebrauch machen. Bitte schön!

(Victor Perli [LINKE]: Auf einmal!)

David McAllister (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Wenzel, Sie haben Ausführungen zum Thema Debattenkultur gemacht, die ich in Teilen durchaus unterstützen kann. Die CDU-Fraktion begrüßt ausdrücklich, dass Herr Landtagspräsident Dinkla im neuen Jahr die Fraktionsspitzen zu einem ergebnisoffenen Gespräch einladen möchte, in dem besprochen wird, wie wir

die Debattenkultur hier im Hause verbessern können. Das ist aber nicht nur ein Anliegen der Fraktionsspitzen. Vielmehr sollte sich jede und jeder einzelne Abgeordnete hier im Haus Gedanken machen, wie man durch eigenes Zutun einen kleinen Beitrag leisten kann, um die Debattenkultur zu verbessern. Das gilt in alle Richtungen und für alle Fraktionen.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe mich deshalb zu Wort gemeldet, lieber Stefan Wenzel, weil eines diese Woche gezeigt hat: Wer die moralische Messlatte für andere so sehr hochlegt, ist ganz schnell der Verlierer der Woche. Darüber sollte die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einmal in Ruhe nachdenken.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP - Detlef Tanke [SPD]: Das stinkt Ihnen nach wie vor!)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren, Herr Wenzel möchte von der Möglichkeit der Erwiderung Gebrauch machen.

Stefan Wenzel (GRÜNE):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr McAllister, wir alle wissen und haben in diesen Tagen wieder einmal erlebt, wie schnell ein scharfes Wort, auch ein Zwischenruf die Debatte hier im Parlament anheizen kann und wie schnell sich das am Ende in einer Art und Weise entwickeln kann, wie es sich niemand gewünscht hat.

An dieser Stelle muss aber auch klar sein: Fraktionen, die in diesem Parlament vertreten sind, und Abgeordnete, die bei freien, gleichen und geheimen Wahlen in dieses Parlament gewählt worden sind, dürfen hier nicht als undemokratisch diskriminiert werden. Das heißt, wir müssen uns hier im Umgang an Regeln halten, die für alle gelten. Von daher hoffe ich, dass wir für die Zukunft einen anderen Umgang miteinander finden.

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der SPD und bei der LINKEN)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren, bevor ich die nächste Wortmeldung erteile, erlauben Sie mir bitte nur einen Gedanken: Ich glaube, es ist nicht ausreichend, wenn wir lediglich über Debattenkultur reden. Nach meiner Ansicht müssen wir auch dar-

über nachdenken, ob es so etwas wie eine Berichterstattungskultur gibt.

(Beifall bei der SPD - Björn Thümler [CDU]: Sehr gut!)

Meine Damen und Herren, die nächste Rednerin ist Frau Flauger von der Fraktion DIE LINKE.

(Beifall bei der LINKEN)

Kreszentia Flauger (LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich zunächst auch im Namen meiner Fraktion ganz herzlich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Ausschussekretariate, der Drucksachenabteilung, der Landtagsverwaltung, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Finanzministerium und den anderen Ministerien sowie des Landesrechnungshofs für die viele Arbeit bedanken, die sie mit dem Haushalt 2010 hatten und die sicherlich oft nicht einfach gewesen ist. Wir wissen sehr gut, dass es nicht diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind, die diesen saft- und kraftlosen Haushalt der sozialen Kälte zu verantworten haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir werden diesen Haushalt selbstverständlich ablehnen. Wir haben 169 Änderungsanträge zum Haushalt eingebracht, die Sie leider alle abgelehnt haben.

Wir wissen: Diese Landesregierung sitzt häufig auf einem ziemlich hohen Ross. Aber oft muss man ihr erst einmal auf das Pferd helfen. Deswegen haben wir diese Änderungsanträge eingebracht. Sie haben sie leider nicht als Steigbügel genutzt.

(Norbert Böhlke [CDU]: Gott sei Dank!)

Wir haben unsere Vorschläge in dieser kleinen Broschüre zusammengefasst, die schon mehrfach erwähnt worden ist. Wir haben sie zwar nicht in erster Linie für Sie, aber auch für Sie geschrieben. Ich habe ein paar Exemplare mitgebracht, die ich Ihnen nachher aushändigen werde. Herr McAllister fragt schon danach. Sie sollen sie gerne bekommen.

(Björn Thümler [CDU]: Er hat sie schon!)

Es steht zu befürchten, dass Sie gleich in der Schlussabstimmung diesen unsozialen Haushalt durchstimmen werden. Das wird leider fatale Folgen haben. Sie werden Niedersachsens Städte, Gemeinden und Landkreise am ausgestreckten

Arm verhungern lassen. Statt Kommunen mit „Heiratsprämien“ zu Fusionen zu nötigen und das dann prahlerisch „Zukunftsvertrag“ zu nennen, sollten Sie endlich den kommunalen Finanzausgleich korrigieren, und zwar so, dass die niedersächsischen Kommunen auf eine dauerhafte, verlässliche Grundlage stabiler Finanzausweisungen gestellt werden. Setzen Sie sich gleichzeitig auf Bundesebene für eine bundesweite Reform der Kommunenfinanzierung ein!

(Beifall bei der LINKEN)

In Ihrem unsozialen Haushalt wollen Sie nicht einmal dafür sorgen, dass jedes Schulkind in Niedersachsen täglich ein Stück Obst bekommt. Sie machen sich mit der Ausrede lächerlich, das sei bürokratisch, während alle möglichen anderen Länder das hinbekommen. Peinlich, peinlich, liebe Landesregierung!

(Beifall bei der LINKEN)

Sie verschieben die im Koalitionsvertrag von CDU und FDP versprochene Einführung des zweiten beitragsfreien Kindertagesstättenjahres auf den Sankt-Nimmerleins-Tag, ganz nach dem adenauerischen Motto: Was schert mich mein Geschwätz von gestern! - Damit haben Sie gezeigt, dass Sie ungefähr so glaubwürdig sind wie der Baron von Münchhausen. Das ist Wortbruch, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der LINKEN)

Das Land Niedersachsen braucht mindestens 2 000 neue Lehrkräfte. Aber davon wollen Sie in Ihrem Haushalt nichts wissen. Die gleiche Ignoranz zeigen Sie beim Thema Abschaffung von Studiengebühren, die in völlig inakzeptabler Weise ein sozial ausgrenzendes Bildungssystem fördern.

Meine Damen und Herren, vor einem Jahr hat Finanzminister Möllring großspurig versprochen, für 2010 einen Haushalt ohne neue Schulden vorzulegen. Dieses Versprechen ist wie eine Seifenblase zerplatzt. Mit dieser Landesregierung steht Niedersachsen vor der größten Neuverschuldung in der Geschichte. Das versuchen Sie mit billigen Tricks gegen alle Grundsätze von Haushaltswahrheit und -klarheit zu verschleiern, nur damit nicht deutlich wird, dass Sie noch mehr Schulden machen als Ihre Vorgängerregierung.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie sagen natürlich: Wir haben eine Krise. Da müssen wir doch Kredite aufnehmen. - Noch vor einem Jahr haben Sie hier die Existenz dieser

Krise geleugnet und bestritten. Damals haben Sie zu unseren Wortbeiträgen gesagt, die Linke rede diese Krise herbei. Wenn unsere Macht des Herbeiredens solcher großen Dinge wirklich so toll wäre, dann würden wir ganz andere Sachen herbeireden, z. B. die Abschaffung schwarz-gelber Regierungen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich möchte einmal Philipp Rösler aus den Schlusserklärungen der Haushaltsberatungen 2008 zitieren. Er hat gesagt:

„Die Oppositionsfraktionen reden hier von Krise, aber wollen gleichzeitig Milliarden verprassen. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist unmoralisch.“

Das hat Philipp Rösler im Dezember 2008 hier gesagt. Jetzt ist er weg. Wahrscheinlich weiß er, warum. Er sitzt in einer Bundesregierung, die in einer Krise tatsächlich unmoralisch Milliarden verprasst, und zwar an ganz falschen Stellen, u. a. für Mehrwertsteuersenkungen für Hotelübernachtungen, die mit Sicherheit nicht der Weg aus der Krise sind,

(Ralf Briesse [GRÜNE]: Sie sind doch dafür!)

und für die steuerliche Entlastung der Erben großer Vermögen, und das, obwohl nur 0,9 % der deutschen Staatseinnahmen aus Vermögen- und Erbschaftsteuer stammen. Damit ist Deutschland Schlusslicht unter den OECD-Staaten. Der Durchschnitt liegt bei 2,3 %. Das ist nicht hinnehmbar. Aber Sie wollen das noch weitertreiben und wollen sogar noch weiter herunter und Ihre Klientel weiter bedienen.

(Beifall bei der LINKEN)

Da hat sich die FDP im Bund mit ihren Vorstellungen richtig durchgesetzt und hier in Niedersachsen ja auch schon. Herr McAllister klang eben schon sehr FDP-mäßig.

Wie die Ideologie der FDP aussieht, hat Herr Riese gestern schön zusammengefasst. Das läuft sinngemäß so:

Erstens. Steuern sind von Übel. Man muss sie ordentlich senken. - Der von mir sehr geschätzte Kabarettist Volker Pispers sagt übrigens: Der gefühlte Steuersatz der FDP-Mitglieder liegt grundsätzlich bei 95 %. Also muss man die Steuern ordentlich senken.

Zweitens. Durch die niedrigen Steuern wird auf wundersame Weise die Wirtschaft angekurbelt. - An den Weihnachtsmann glauben Sie wahrscheinlich auch.

(Roland Riese [FDP]: Natürlich!)

Drittens. Der Staat hat dann zwar keine vernünftigen Einnahmen mehr. Aber das macht ja nichts.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Denn - viertens - die sogenannten Leistungsträger, die jetzt - siehe zweitens - mehr Netto vom Brutto behalten, werden freiwillig wohlätig Almosen geben, wo der Staat mangels Masse dem Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes nicht mehr nachkommen kann. - Ich möchte ehrliches und sozial motiviertes Ehrenamt und Wohltätigkeit hier ausdrücklich loben. Als Ersatzkonzept für einen Sozialstaat sind sie aber nicht geeignet.

(Beifall bei der LINKEN)

Soweit ist ein solches Grundkonzept nicht weit von einem Feudalstaat entfernt, wo die Masse der Bevölkerung auf Gedeih und Verderb dem Wohlwollen des jeweiligen Adelherrn ausgeliefert ist. Solche Rückschritte in eine Gesellschaft, in der die Menschen zur Sicherung des Wohlwollens ihrer Gönner und damit zur Sicherung ihrer Existenz gezwungen sind, sehr gut zu überlegen, was sie wann kritisieren und wann sie wo den Mund aufmachen, damit sie ihre Existenz sicherstellen können, solche Rückschritte sind mit der Linken nicht zu machen.

(Beifall bei der LINKEN)

Es gibt gute Gründe, die Staatsfinanzen so zu gestalten, dass der Staat in sozialen Bereichen und in anderen Bereichen handlungsfähig ist. Denn eines ist sicher: Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten.

(Beifall bei der LINKEN)

Sorgen Sie endlich dafür, dass das Land Niedersachsen seine Aufgaben endlich wieder angemessen wahrnehmen kann, statt die Landesfinanzen zu ruinieren! Wir mussten ja leider feststellen, dass Sie beim Thema Einnahmeverbesserungen ungefähr so kreativ sind wie eine Tasse kalt gewordener Kaffee. Wir helfen aber gern aus. Hätten Sie unsere Änderungsanträge zum Haushalt gelesen, hätten Sie gelesen:

Erstens. Durch Einstellung von mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Steuervollzug sammeln

Sie die 600 Millionen Euro Steuern ein, die Sie jetzt auf der Straße liegen lassen.

Zweitens. Die Wiedererhebung einer reformierten Vermögensteuer bringt 1 Milliarde Euro für Niedersachsen.

Drittens. Die gerechtere Besteuerung großer Erbschaften bringt 0,7 Milliarden Euro für Niedersachsen.

Viertens. Eine Börsenumsatzsteuer wie in Großbritannien würde für Niedersachsen 1,1 Milliarden Euro bringen.

Aber Sie haben das alles ja abgelehnt. Wie das Kaninchen auf die Schlange starren Sie auf die Sie völlig überfordernden Herausforderungen der Krise. Weil Ihnen Gestaltungswille und Gestaltungsfähigkeit völlig abgehen, ziehen Sie die Ärmelschoner an und tun, was Sie können: den Mangel buchhalterisch verwalten und sparen, statt zu gestalten und zu regieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Deshalb wird kommen, was Herr McAllister laut *Weser-Kurier* am 15. Dezember angekündigt hat, nämlich verschärfte Konsolidierungsschritte,

(David McAllister [CDU]: Das habe ich in meiner Haushaltsrede gesagt!)

und was der *rundblick* am Montag schrieb:

„Es hat mancherlei Ironie für sich, dass der Bund mit dem radikalen Abbau der Neuverschuldung gerade in dem Jahr beginnen will, in dem die Berliner Koalition das Staatsvolk mit einer Steuersenkung beglücken will. Wie das in Einklang miteinander gebracht werden soll, ist ein Kapitel für sich. Jenseits hiervon aber werden Bund und Länder sich geradezu dramatisch von Ausgaben und Aufgaben trennen müssen, um die angepeilten Ziele zu erreichen. Es wird ein Heulen und Zähneklappern durch das Land gehen, wenn aus den jetzt formulierten Zielen eines nicht fernen Tages Taten werden. Die Koalition in Berlin hat bisher nicht einmal im Ansatz durchblicken lassen, auf welche Weise sie den zwingenden Verpflichtungen genügen will. In den Ländern, Niedersachsen nicht ausgeschlossen, sieht das nicht anders aus.“

So weit der *rundblick*, der nun wirklich nicht links-radikalenverdächtig ist.

Sie werden leider diesen unsozialen, verantwortungslosen Haushalt hier durchstimmen. Sie werden - das prognostiziere ich hier - schon Anfang 2010, aber erst recht nach den Wahlen in Nordrhein-Westfalen alles auf den Prüfstand stellen, wozu Sie nicht gesetzlich zwingend verpflichtet sind, seien es Frauenhäuser, seien es Verbesserungen im Bildungsbereich, seien es Mittel für den Kampf gegen Rechts, sei es Schuldnerberatung, sei es Gesundheitsförderung und vieles mehr.

Herr Wulff, der hier immer den verantwortungsvollen Landesvater zu geben versucht, wird morgen im Bundesrat mit seiner Zustimmung zum sogenannten Wachstumsbeschleunigungsgesetz das Land Niedersachsen und die Interessen seiner Kommunen verraten.

(Lebhafter Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Die Schlusserklärung für die FDP-Fraktion wird jetzt Herr Dürr abgeben. Bitte!

Christian Dürr (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Wir werden heute in der Abstimmung einen Haushalt beschließen, dessen Volumen über 25 Milliarden Euro ausmacht. Es ist der größte Haushalt in der Geschichte des Landes Niedersachsen. Zugleich ist dieser Landeshaushalt ein Ausdruck der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise in Deutschland. Ich sage es Ihnen ganz deutlich: Die Nettokreditaufnahme, über die wir uns wahrlich nicht freuen, ist unausweichlich. Sie ist natürlich unpopulär. Aber wir machen sie, weil sie zu diesem Zeitpunkt unvermeidbar ist.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ich will es deutlich sagen: In der Krise, in der wir uns zurzeit befinden, hilft nur Wachstum. Wir werden uns in Deutschland und auch hier in Niedersachsen keine weiteren Konjunkturpakete mehr leisten können. Herr Jüttner, ich sage hier in Ihre Richtung und auch in Richtung der Grünen und der Linken: Das Geld, das Sie mit vollen Händen ausgeben wollen, müssen die Menschen in Deutschland erst einmal verdienen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wir werden den Schwachen niemals unter die Arme greifen können, wenn wir keine Starken haben, die die Mittel dafür erwirtschaften.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Sie werfen uns immer Klientelpolitik vor. Das ist quasi schon ein Reflex der Oppositionsfraktionen. Alle Entlastungen, die CDU und FDP vornehmen wollen, sind Ihrer Ansicht nach Klientelpolitik. Ich sage Ihnen ganz deutlich: Ich habe damit überhaupt kein Problem. Unsere Klientel sind die Familien in Deutschland und der Mittelstand in Deutschland. Wir stehen an ihrer Seite.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Unter Rot-Grün ist genau diese Mittelschicht immer kleiner geworden. 1998 gehörten noch zwei Drittel der Bevölkerung zur Mittelschicht. Nach Rot-Grün war es nur noch gut die Hälfte der Menschen. Über soziale Gerechtigkeit lassen wir uns von Ihnen nichts, aber auch gar nichts erzählen.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Nur in zwei OECD-Staaten werden Durchschnittsverdiener stärker belastet als in der Bundesrepublik Deutschland. Herr Jüttner, finden Sie es eigentlich gerecht, dass man heute nur ein Zehntel dessen verdienen darf, was man noch vor 40 Jahren verdienen durfte, um den Spitzensteuersatz zahlen zu müssen? Früher war es das 14-Fache des Durchschnittseinkommens, heute ist es das 1,4-Fache. Deswegen ist es richtig, dass sich diese Bundesregierung die Abschaffung der kalten Progression auf die Fahne geschrieben hat.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ich will nun auf Ihre Vorschläge zu sprechen kommen, Herr Jüttner. Die SPD-Vorschläge beschränken sich ausdrücklich auf Einmaleffekte. Sie wollen beispielsweise den für die Unternehmen in Niedersachsen wichtigen Zukunfts- und Innovationsfonds auflösen. Besonders interessant finde ich, dass Sie uns die Neuverschuldung vorwerfen. Alle drei Oppositionsfraktionen - also auch Grüne und SPD - wollen ebenfalls eine Nettoneuverschuldung von 2,3 Milliarden Euro. Deswegen trifft uns Ihr Vorwurf überhaupt nicht, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CDU - Zuruf von den GRÜNEN: Das stimmt überhaupt nicht!)

In Richtung der Grünen fällt mir nicht ganz so viel ein. Sie haben wieder einmal die Streichung der Haushaltsmittel für die Bekämpfung der Bisamratenvorgesehen. Mehr fällt mir zu Ihnen nicht ein. Das waren genau 140 Zeichen. Zugegeben: Das hätte ich auch in einer Twitternachricht sagen können.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Die Vorschläge, die die Linken hier gemacht haben, sind genauso unseriös und leistungsfeindlich. Schön für uns, weil es so exemplarisch ist, ist - es ist allerdings nicht schön für Berlin -, dass die Linken in Berlin in der Regierungsverantwortung stehen. Wissen Sie, wann Sie sich in Berlin zum letzten Mal um das Thema Vermögensteuer gekümmert haben? - Das war 1999. Damals hieß Ihre Partei noch Partei des Demokratischen Sozialismus. In der Regierungsverantwortung in Berlin haben Sie bisher keine Bundesratsinitiative zur Vermögensteuer auf den Weg gebracht, obwohl Sie eine solche Initiative immer fordern. Insofern werden Sie auch da Lügen gestraft, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Im Gegensatz zu Ihnen sind wir - bildlich gesprochen - kein Haushalt, in dem alle essen möchten, aber niemand das Geschirr spülen will. Wir setzen ganz klare Prioritäten.

Erstens. Infrastruktur: Wir werden uns gemeinsam mit dem Wirtschaftsminister und dem Ministerpräsidenten um den JadeWeserPort kümmern. Er wird in dieser Legislaturperiode eröffnet werden.

Zweitens. Hafenhinterlandanbindung, Küstenautobahn, Y-Trasse - alles wichtige Infrastrukturprojekte für das Flächenland Niedersachsen, die wir realisieren werden.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Es kommt auch auf die kleinen Dinge an. Wir machen mit jedem Cent etwas Sinnvolles.

(Lachen bei der SPD)

Ich nenne als Beispiel die Sozialinfrastruktur, das landesweite Modell Niedersachsen. Wir von CDU und FDP werden uns gemeinsam mit der Kassenärztlichen Vereinigung Niedersachsen um die Gesundheitsversorgung der Menschen im ländlichen Raum kümmern, die durch medizinische Fachkräfte dort sichergestellt werden soll,

(Zurufe von der LINKEN)

und dafür stehen jährlich 366 000 Euro zur Verfügung. Das ist vielleicht nur eine kleine Sache, meine Damen und Herren, aber sie ist sehr wichtig für die Menschen im ländlichen Raum, um die wir uns kümmern.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Nach Infrastruktur komme ich zur Innovation. Ich habe den Zukunfts- und Innovationsfonds bereits erwähnt. Wir kümmern uns um die Landesinitiative Brennstoffzelle und Ähnliches mehr. Wir kümmern uns um die erneuerbaren Energien.

(Stefan Wenzel [GRÜNE]: Ach nee! Das wüsstet wir aber!)

Das Land Niedersachsen ist bei den erneuerbaren Energien weiter die Nummer eins,

(Stefan Wenzel [GRÜNE]: Das hätten wir aber merken müssen!)

weil es CDU und FDP in diesem Land gibt, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Das nächste Thema ist Bildung. Die Schüler-Lehrer-Relation war noch nie so gut. Wir stellen ständig neue Lehrer ein, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Stefan Wenzel [GRÜNE]: Zwangsweise, weil Sie Ihre Hauptschulen retten wollen!)

Es hat in der Geschichte des Landes Niedersachsen noch nie so viele Lehrerinnen und Lehrer gegeben. Wir kümmern uns um die Bildungsqualität und sehen im Gegensatz zu Ihnen den Schwerpunkt nicht in Strukturdebatten und Ideologie.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Dieser Landeshaushalt ist solide. Er spiegelt Wahrheit, Klarheit und Ehrlichkeit wider, übrigens genauso wie die Landesregierung insgesamt.

In dem Zusammenhang möchte ich Ihnen einmal etwas vorlesen - hören Sie ganz genau zu, Herr Jüttner -,

(Kurt Herzog [LINKE]: Hey lücht!)

weil Sie ja immer vom Mindestlohn reden und sagen, der würde die Welt retten.

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Herr Dürr, bitte warten Sie einen Moment. - Ich habe eben gehört: „Hey lücht!“ Dafür gibt es einen Ordnungsruf. Ich konnte den Zuruf allerdings nicht lokalisieren. Wir werden das im Protokoll überprüfen.

(Kurt Herzog [LINKE] gibt ein Handzeichen - Zurufe von der LINKEN)

- Herr Herzog, dafür erteile ich Ihnen einen Ordnungsruf.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Christian Dürr (FDP):

Zitat:

„Die im Grundgesetz garantierte Tarifautonomie hat sich als Grundpfeiler sozialer Marktwirtschaft bewährt. Tarifverträge ermöglichen bei Bedarf flexible Lösungen, die insbesondere auf Beschäftigungssicherung auszurichten sind. Es ist Aufgabe der Tarifparteien, diese Flexibilität gemeinsam weiterzuentwickeln. Gesetzliche Eingriffe in die grundgesetzlich garantierte Tarifautonomie lehnen ab. Faire Flexibilität lässt sich nicht gesetzlich verordnen.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das war aus dem Wahlmanifest der SPD 2005 mit dem Titel „Vertrauen in Deutschland“. Die Menschen vertrauen Ihnen genau deshalb nicht mehr, weil Sie gestern das gesagt haben und morgen das sagen.

(Stefan Wenzel [GRÜNE]: Ach, und wie ist das mit der FDP, Herr Dürr?)

Das hat mit sozialer Gerechtigkeit, Herr Jüttner, gar nichts zu tun. Peer Steinbrück hat vollkommen recht.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Weil Herr Dr. Sohn gestern - ich glaube, in der Bildungsdebatte - gesagt hat, die Linke sei jetzt die neue Mittelstandspartei,

(Björn Thümler [CDU]: Das war eine Drohung!)

habe ich mir spaßeshalber einmal Ihre „Programatischen Eckpunkte“ - Sie haben ja als Bundespartei noch kein Grundsatzprogramm - angeguckt. Wissen Sie, wie oft das Wort „Mittelstand“ in die-

sen Eckpunkten vorkommt, Herr Dr. Sohn? - Es kommt kein einziges Mal vor, weil Sie sich um den Mittelstand überhaupt nicht kümmern, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Heiner Bartling [SPD]: Brüllen Sie doch noch ein bisschen lauter! - Stefan Wenzel [GRÜNE]: Sie haben ja Sorgen, Herr Dürr! Was Sie so alles lesen!)

Wir kritisieren Sie ja nicht, weil einige von Ihnen in Ostalgie schwelgen, sondern wir kritisieren Sie, Herr Dr. Sohn und Frau Flauger, wegen der Politik, die Sie heute machen wollen.

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Herr Kollege Dürr, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Flauger?

Christian Dürr (FDP):

Nein, im Moment nicht. - Eine Partei, die sich gerade im Landtagswahlkampf in Nordrhein-Westfalen wieder für die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien ausspricht,

(Zustimmung von Victor Perli [LINKE])

darf in Deutschland nichts zu sagen haben.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Das Experiment, das Sie hier vorhaben, hat noch nie irgendwo funktioniert. Es hat in Europa nicht funktioniert, es hat in Asien nicht funktioniert, und es hat auch in Lateinamerika nicht funktioniert. Deshalb werden wir alles daransetzen, dass Sie niemals die Möglichkeit bekommen, es noch einmal auf deutschem Boden zu probieren, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Die Sozialisten haben immer erst die Wirtschaft verstaatlicht und dann das Denken. Ich sage Ihnen deutlich: Niedersachsen bleibt frei, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CDU - Lachen bei der LINKEN)

Zum Schluss will ich noch deutlich sagen:

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Wir haben klare Ziele vor Augen. Ich komme in dem Zusammenhang gleich auch noch einmal zum Kollegen Jüttner. Unser Ziel ist die schwarze Null

im Jahr 2017, weswegen wir 2013 in diesem Land natürlich wiedergewählt werden müssen - gar keine Frage -,

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Wer hat eigentlich die Banken verstaatlicht?)

und auch um im Jahr 2013 eine linke Mehrheit zu verhindern.

(Stefan Wenzel [GRÜNE]: Jetzt noch mit dem Fuß aufstampfen, Herr Dürr! - Ralf Briese [GRÜNE]: Das ist ja peinlich!)

Herr Jüttner, Sie haben vorhin gesagt, man müsse die Antworten auf die Fragen von morgen haben. Ich habe mir heute Morgen im Internet auf der Homepage von Herrn Wolfgang Jüttner - wolfgang-jüttner.de - Ihre Biografie angesehen. Die liest sich verdammt interessant, Herr Kollege Jüttner. Ich will nur einmal die letzten Jahre vorlesen: 1998 bis 2003: Niedersächsischer Umweltminister, 2003 bis 2005: stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion, seit 29. Juni 2005: Fraktionsvorsitzender der SPD im Niedersächsischen Landtag. Und dann steht da weiter - jetzt kommt's -: 2008 - Ministerpräsident des Landes Niedersachsen. Es steht zwar noch „Ziel“ davor, Herr Kollege Jüttner, aber vielleicht sollte man seine eigenen Ziele von Zeit zu Zeit der Realität anpassen und vor allen Dingen die eigene Homepage aktualisieren.

Herzlichen Dank.

(Starker, lang anhaltender Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren, es liegen zwei Wünsche auf Kurzinterventionen vor, und zwar von Herrn Klein von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und von Frau Flauger. Bitte, Herr Klein!

Hans-Jürgen Klein (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn Sie sich mit Details befassen oder sie ansprechen, sollten Sie sie vorher erst einmal kennenlernen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich wohne hinter dem Deich, werde durch diesen Deich geschützt, und Sie glauben doch nicht im Ernst, dass ich einem Haushaltsantrag zustimmen würde, der die Einstellung der Bisamrattenbekämpfung beinhaltet. Es geht hier schlicht und einfach um eine ordnungsgemäße Kostenträgerschaft, weil das Land für diese Sache einfach nicht

zuständig ist. Nehmen Sie das zur Kenntnis! Dann können Sie sich solche Beiträge in Zukunft sparen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Wolfgang Jüttner [SPD]: So arbeitet er immer!)

Sehr viel wichtiger ist mir aber Punkt 2, und das ist kein Detail. Es geht um Ihre Behauptung, wir hätten die gleiche Nettoneuverschuldung wie Sie angesetzt. Das ist schlicht und einfach falsch, und deshalb verdient das, was Sie hier gesagt haben, eine Bezeichnung, die ich hier nicht sagen darf. Ich kann deshalb nur die etwas schwache Bezeichnung „Unwahrheit“ verwenden. Ich würde liebend gern etwas anderes sagen.

Wir haben Ihnen einen Antrag mit einer Nettoneuverschuldung von deutlich unter 2 Milliarden Euro vorgelegt. Ihre Ausführungen zeigen, wie Sie sich mit diesen Anträgen beschäftigt haben, wie Sie sich mit Haushaltspolitik insgesamt beschäftigen.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Ihnen scheint es sehr viel wichtiger zu sein, in Twitter und in andere Homepages zu gucken, um dann Leute wegen der Inhalte angreifen zu können.

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der SPD und bei der LINKEN)

Wenn Sie hier behaupten, Herr Dürr, Sie seien die Partei für Mittelstand und Familien, dann frage ich mich:

(Glocke des Präsidenten)

Wo haben Sie das gezeigt? - Bis jetzt habe ich bei Ihren Beschlüssen auf Bundesebene nur gemerkt, dass Sie den Steuerberatern, den Apothekern und der Pharmaindustrie geholfen haben und jetzt auch noch den Hoteliers helfen wollen.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Das sind seine Leistungsträger!)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Ein letzter Satz, bitte!

Hans-Jürgen Klein (GRÜNE):

Das ist klein, ganz klein.

(Starker, anhaltender Beifall bei den GRÜNEN sowie Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Ich rufe für die nächste Kurzintervention, und zwar die von Frau Flauger von der Fraktion DIE LINKE, auf.

Kreszentia Flauger (LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Kollege Dürr, ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, dass wir zum Thema Haushalt debattieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Wären wir jetzt in der Schule, was wir nicht sind, müsste Ihnen gesagt werden: Thema verfehlt! Setzen! Sechs! - Aber Sie sitzen ja schon.

(Beifall bei der LINKEN)

Dann möchte ich Sie darüber informieren, dass der Bundeswahlleiter selbstverständlich weiß, dass die Linke ein Programm hat. Sonst hätten wir nicht zu Wahlen antreten dürfen. Im Gegensatz zu Ihnen scheint er aber zu wissen, dass es auf den Inhalt ankommt und nicht auf die Überschrift, und da können Sie sich noch einige Scheiben von dem Programm der Linken abschneiden.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn Sie hier sagen, dass in unserem Programm das Wort „Mittelstand“ nicht vorkommt, dann gilt auch da: Es kommt nicht darauf an - wie Sie es tun -, nur lauter warme Worte zu verteilen, sondern es kommt auf den Inhalt an. Wir haben viele Positionen, mit denen wir ausdrücklich kleine und mittelständische Unternehmen fördern. Wenn Sie jetzt ein bestimmtes Wort nicht exakt finden und sich daran hochziehen, muss ich feststellen, dass Sie wieder nur an Überschriften arbeiten, aber nicht an Inhalten und an der Substanz.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie haben eben, als es um Verstaatlichung ging, so pathetisch verkündet: Niedersachsen bleibt frei. - Ich meine, Sie verstaatlichen ja erst, wenn Banken pleite sind, es eigentlich schon zu spät ist und Sie den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern die Verluste aufbürden wollen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich will Ihnen aber trotzdem sagen, dass das Land Nordrhein-Westfalen noch steht, obwohl in seiner Landesverfassung als Ziel die Verstaatlichung von Schlüsselindustrien enthalten ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren, die FDP-Fraktion verzichtet auf eine Erwiderung.

(Och! bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN - Ursula Helmhold [GRÜNE]: Mal entschuldigen! - Weitere Zurufe)

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

(Unruhe)

- Ich möchte jetzt gern zur **Schlussabstimmung** kommen, wenn Sie damit einverstanden sind.

(Anhaltende Unruhe)

- Wenn sich alle Abgeordneten gesetzt haben, kann ich beginnen. Stellen Sie Ihre Gespräche jetzt bitte ein!

Meine Damen und Herren, wer dem Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2010 in der Drs. 16/1560 mit den beschlossenen Änderungen sowie dem § 1 in der Fassung der Unterrichtung in der Drs. 16/2025 nunmehr endgültig seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich zu erheben. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Ich stelle fest: Der Haushalt 2010 ist angenommen worden.

(Starker, lang anhaltender Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, wir kommen nun zur Abstimmung über die gemäß § 23 Abs. 1 Satz 2 der Geschäftsordnung in die Beratung einbezogenen Anträge.

noch

Abstimmung zu den Drs. 16/1985, Drs. 16/1986 und Drs. 16/2012

Wer dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drs. 16/1985 zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Der Antrag ist mit großer Mehrheit abgelehnt worden.

Wer dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drs. 16/1986 zustimmen will, den bitte ich ebenfalls um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Auch dieser Antrag ist abgelehnt worden.

Wer den Antrag der Fraktion der SPD in der Drs. 16/2012 annehmen will, den bitte ich nun um ein Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Auch diesem Antrag wurde nicht gefolgt.

Meine Damen und Herren, bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, darf ich Ihnen bekannt geben, dass die Fraktionen übereingekommen sind, die Tagesordnungspunkte 22 und 24 nur zum Zweck der Ausschussüberweisung aufzurufen, sodass wir dann zeitlich etwas günstiger dran sind.

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zur

Abstimmung zu dem Tagesordnungspunkt 5

Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses in der Drs. 16/1947 zustimmen und damit den Antrag der SPD in der Drs. 16/1514 ablehnen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Der Beschlussempfehlung des Ausschusses wurde gefolgt.

Wir kommen jetzt zur

Abstimmung zu dem Tagesordnungspunkt 6

Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses in der Drs. 16/1988 zustimmen und damit den Antrag der Fraktion der SPD in der Drs. 16/1745 ablehnen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Auch hier wurde der Ausschussempfehlung gefolgt.

Meine Damen und Herren, damit sind die Abstimmungen zum Haushalt 2010 abgeschlossen.

Ich rufe jetzt **Tagesordnungspunkt 21** auf:

Zweite Beratung:

Kommunale Haushalte in Not! Stabilisierungsfonds gibt Kommunen Planungssicherheit zurück - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 16/1759 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Inneres, Sport und Integration - Drs. 16/1993

Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, den Antrag abzulehnen.

Eine Berichterstattung ist nicht vorgesehen.

Wir kommen zur Beratung. Zu Wort gemeldet hat sich der Kollege Aller von der SPD-Fraktion. Ich erteile ihm das Wort.

Heinrich Aller (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit dem vorliegenden Antrag will die SPD-Fraktion den Kommunen in Niedersachsen in einer Notsituation helfen, wie es sie bisher noch nicht gegeben hat. Die makabere Wahrheit ist, dass es den kommunalen Haushalten auf dem Höhepunkt der Krise offensichtlich besser geht als in der Zeit der Bewältigung der Folgen der Krise. Das eigentlich Schlimme ist, dass diese Landesregierung tüchtig mithilft, die Situation zu verschlimmbessern.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, der Tag nach der Verabschiedung des Haushalts ist der Beginn der neuen Haushaltsberatungen. Ich sage voraus: Der erste Nachtrag 2010 wird kommen, muss kommen, insbesondere auch um den Kommunen zu helfen.

(Beifall bei der SPD)

Was hier aufseiten der Mehrheit dieses Hauses bei der Beratung des Konjunkturprogramms II stattgefunden hat, war kaum nachzuvollziehen. Da werden 1 Milliarde Euro fremdes Geld ausgegeben, zu denen diese Landesregierung nichts beigetragen hat. Das ist Geld der Bundesregierung gewesen, schuldenfinanziert, Schulden, die hier insbesondere von der FDP kritisiert worden sind. Das Ganze wird dann betitelt mit der Überschrift „Initiative Niedersachsen“. Meine Damen und Herren, das ist Etikettenschwindel par excellence. Die Kommunen wissen das, die Bürger wissen das. Das Entscheidende aber ist: Die Bedingung, das Geld für die Bekämpfung der kommunalen Krise zur Verfügung zu stellen, war richtig. Das ist auch der Grund dafür, weshalb wir den Antrag gestellt haben, in der Krise über die Einrichtung eines Stabilisierungsfonds zu reden, wie er in Mecklenburg-Vorpommern und jetzt auch in Sachsen-Anhalt mit anderen Mehrheiten als in diesem Haus, in Rheinland-Pfalz aber auch von Sozialdemokraten erfunden, auf den Weg gebracht worden ist.

Wahr ist nämlich, dass in Niedersachsen mit 4,5 Milliarden Euro an Kassenkrediten ein absoluter Rekord erreicht worden ist, wie ihn zuvor kein anderes Bundesland und auch Niedersachsen nicht erreicht hat. Diese Landesregierung hat den Kommunen seit 2005 durch die Veränderung der Verbundquote beim kommunalen Finanzausgleich 660 Millionen Euro weggenommen, um den eigenen Haushalt zu konsolidieren. Sie nennen das sparen, in Wirklichkeit aber bedeutet dies, die Kommunen zum Schuldenmachen zu zwingen.

Jetzt kommt es aber knüppeldick: Im nächsten Jahr und in den Folgejahren werden die Auswirkungen der Krise die kommunalen Haushalte wegen wegbrechender Steuereinnahmen in massive Schwierigkeiten bringen. Obendrauf setzen Sie die Veränderungen des Finanzausgleichsgesetzes. Wenn man die auftretenden Probleme zusammenrechnet, rechnen die Spitzenverbände mit Einbußen um 20 %. Ein Fünftel der Einnahmen wird bei den Kommunen von einem Jahr aufs andere nicht mehr vorhanden sein. Keine Kommune kann dagegen ansparen oder dagegen anarbeiten. Das ist ein deutliches Zeichen dafür, dass Ihre Art, mit den Kommunen umzugehen, unerträglich geworden ist.

(Beifall bei der SPD)

Statt in dieser kritischen Situation zu helfen, meine Damen und Herren, wollen Sie einem Wachstumsbeschleunigungsgesetz zustimmen, das die Kommunen in den nächsten vier Jahren noch einmal eine halbe Milliarde Euro - nach Ihren eigenen Unterlagen 512 Millionen Euro - kosten wird. Es ist wirklich makaber, in einer solchen Situation einer Bundesregierung die Hand zu reichen, um die Kassen der niedersächsischen Kommunen zu plündern.

Meine Damen und Herren, die Kommunen befinden sich in der Zange. Einerseits brechen ihnen die Einnahmen weg, da die Landesregierung den kommunalen Finanzausgleich plündert und sich beim Konjunkturprogramm II mit fremden Federn schmückt, und andererseits steigen ihre Sozialausgaben dramatisch an. Mithin ist die Handlungsfähigkeit der Kommunen extrem gefährdet. Von einer aufgabengerechten Finanzausstattung kann schon lange keine Rede mehr sein.

Deshalb haben wir den vorliegenden Antrag eingebracht. Wir wollen, dass in einer Art Sofortprogramm sichergestellt wird, dass den Kommunen für die Jahre 2010 und 2011 im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs ein Festbetrag in absoluten Werten gewährt wird, dessen Basis der Durchschnitt des Steueraufkommens der Jahre 2006 bis 2008 ist. Das ist Verstetigung, das ist Verlässlichkeit, und das schafft Planbarkeit.

(Jan-Christoph Oetjen [FDP]: Das ist ein neuer Schuldenberg!)

Das bedeutet, dass wir die Diskussion um den Landeshaushalt, die gerade abgebrochen worden ist, allein schon wegen der kommunalen Finanzsituation sofort wiederaufnehmen müssen, um noch in 2010 das nachzuschließen, was die Kommunen

tatsächlich brauchen, um handeln zu können: nämlich Geld in den Kassen.

Dieses Sofortprogramm soll uns Zeit verschaffen, in der wir uns Gedanken darüber machen können, wie ein Stabilisierungsfonds auf der Basis des rheinland-pfälzischen Modells gestaltet werden kann. In Rheinland-Pfalz läuft das nämlich sehr erfolgreich. Da hilft es auch nicht, dass das Innenministerium dagegen polemisiert; denn die Argumente, die das Innenministerium zusammengestellt hat, haben zumindest in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt die CDU und die FDP nicht davon abhalten können, einen Stabilisierungsfonds auf die Tagesordnung zu setzen.

Meine Damen und Herren von den Koalitionsfraktionen und der Landesregierung, Sie müssen sich auch darüber Gedanken machen, wie die Schuldenbremse wirken soll, wenn Sie zwar möglicherweise den Landeshaushalt annähernd konsolidieren, aber die Kommunen gleichzeitig in die Schulden treiben. Schließlich hat das Land gegenüber den Kommunen eine Fürsorgepflicht. Nach der Verfassung ist es Ihre Aufgabe, eine finanzielle Mindestausstattung der Kommunen sicherzustellen, damit sie ihre Aufgaben auf Dauer finanzieren können.

In dem Sinne bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag.

Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren, für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat nun Herr Briese das Wort. Bitte schön!

Ralf Briese (GRÜNE):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Wir haben eine intensive Plenarwoche hinter uns. Wir haben in den letzten Tagen über die Landesfinanzen, über die Bundesfinanzen und auch über die kommunalen Finanzen gesprochen. Heute greifen Sie das Thema erneut auf, Herr Allert, und gleich werden wir auch noch einen weiteren Antrag beraten, der sich mit der Situation der Kommunen in Niedersachsen befasst.

Ich glaube, alle in diesem Hause wissen mittlerweile, dass es in den Kommunen ziemlich düster aussieht und dass es in den nächsten Jahren noch

sehr viel düsterer werden wird. Auf unsere Kommunen kommen schwere Zeiten zu.

Ich glaube auch, dass alle, die in diesem Hause Kommunalpolitik machen, nicht müde werden, in ihren Kommunalparlamenten zu betonen, worin die Ursachen - jedenfalls ein Teil der Ursachen - für die kommunale Verschuldungskrise liegen. Die Ursachen sind nämlich zu einem großen Teil gerade nicht hausgemacht, sondern liegen in der Landespolitik und momentan auch in der Bundespolitik begründet.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Um den Kommunen wirklich nachhaltig zu helfen, brauchen wir keinen Stabilisierungsfonds, sondern eine Gemeindefinanzreform, aber eine, die diesen Namen auch verdient. Nur damit können wir das Problem der immensen kommunalen Verschuldung wirklich lösen. Nur damit können wir den Kommunen wieder eine Perspektive geben.

Ich habe in meiner ersten Rede zu diesem Thema offen gesagt, dass mir die SPD im Ausschuss den Mehrwert eines solchen Stabilisierungsfonds nicht deutlich machen konnte.

(Reinhold Coenen [CDU]: Das konnte sie nicht!)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Frau Helmhold?

Ralf Briese (GRÜNE):

Ja.

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Bitte schön!

Ursula Helmhold (GRÜNE):

Herzlichen Dank, Herr Präsident. - Ich möchte meinen Kollegen fragen, ob er es nicht auch seltsam findet, dass bei diesem wichtigen kommunalpolitischen Thema, bei dem es um die Finanzlage der Kommunen geht, die CDU-Fraktion praktisch nicht anwesend ist.

(Zustimmung bei den GRÜNEN, bei der SPD und bei der LINKEN - Zurufe von der CDU: Was? - Gegenruf von Ursula Helmhold [GRÜNE]: Die, die da sind, meine ich nicht!)

Ralf Briese (GRÜNE):

Frau Kollegin, dazu möchte ich gerne den Vorsitzenden der CDU-Fraktion dieses Hauses zitieren: Wir stehen mit aller politischen Kraft an der Seite der Kommunen. - Das wird jetzt gerade wieder deutlich.

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der SPD und bei der LINKEN - Detlef Tanke [SPD]: So ist das mit den Maßstäben!)

Es ist leider nur noch homöopathischer Extrakt der CDU-Fraktion, der sich für diese Debatte interessiert.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Ich möchte noch einmal auf die Ausschussberatungen zurückkommen. Ich habe gesagt, dass die SPD schon deutlich machen muss, worin der ökonomische Mehrwert dieses Stabilisierungsfonds besteht. Eine Antwort habe ich aber nicht bekommen. Wenn Sie eine weitere bürokratische Struktur aufbauen wollen, dann müssen Sie schon sagen, was die Kommunen wirklich davon haben. Das haben Sie im Ausschuss nicht darlegen können. Deswegen bin ich nach wie vor kritisch, was dieses Instrument angeht.

Meine lieben Freundinnen und Freunde von der deutschen Sozialdemokratie, wenn es noch eines letzten Argumentes dafür bedurft hätte, dass dieser Stabilisierungsfonds vielleicht doch keine so tolle Idee ist, dann wäre es das, dass mittlerweile auch die FDP diese Forderung aufgenommen hat. Spätestens dann wäre ich an Ihrer Stelle skeptisch geworden.

Vielen Dank.

(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren, wir werden jetzt erfahren, ob die FDP das wirklich aufgenommen hat. Herr Oetjen, Sie haben das Wort.

Jan-Christoph Oetjen (FDP):

Verehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wenn der Kollege Briese behaupten würde, dass alle Landesverbände der Grünen eine einheitliche Position vertreten, dann würde ich ihn fragen, wie das mit der Kohlekraft in Hamburg oder der Weservertiefung in Bremen ist. - So viel dazu.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, in Rheinland-Pfalz existiert ein solcher Stabilisierungsfonds. Wir haben uns am Dienstag im Rahmen der Haushaltsdebatte bereits über das Thema kommunale Finanzen unterhalten. Schon an der Stelle habe ich deutlich gemacht, dass das rheinland-pfälzische Modell keines ist, das wir auf Niedersachsen übertragen wollen.

Das Kernziel, das Sie mit dem Stabilisierungsfonds verfolgen, nämlich die Verstetigung der kommunalen Einnahmen, wird von uns durchaus mitgetragen. Aber ein Problem besteht darin, dass die Steuereinnahmen, auf die die kommunale Ebene zurückgreifen kann, sehr volatil sind. Insbesondere die Einnahmen aus der Gewerbesteuer hängen sehr stark vom Verlauf der Konjunktur ab.

Ein Stabilisierungsfonds würde nur dazu führen, dass die Kommunen von einem wirtschaftlichen Aufschwung nicht so stark profitieren, wie sie es eigentlich könnten. Und in wirtschaftlich schwierigeren Zeiten würde sich, da sich die Einnahmen auf einem höheren Niveau verstetigen, ein neuer Verschuldungsposten für die kommunale Ebene ergeben, der in einem dritten Schuldenhaushalt dargestellt würde.

(Johanne Modder [SPD]: Was macht ihr denn jetzt?)

Würde man, wie der Kollege Aller gerade dargestellt hat, die Steuereinnahmen der Jahre 2006 bis 2008 zugrunde legen - in diesen Jahren lagen die kommunalen Einnahmen auf Rekordhöhe -, dann würde den Kommunen für das Jahr 2010 zwar sofort mehr Geld zur Verfügung stehen - aber eben nur auf Pump, verehrte Kolleginnen und Kollegen; denn irgendwann muss dieses Geld nun einmal zurückgezahlt werden.

Wir glauben daher, dass Ihr Sofortprogramm nur ein neues Schuldenprogramm für die Kommunen ist. Die kommunalen Spitzenverbände sehen den Vorschlag der Einrichtung eines Stabilisierungsfonds sehr kritisch. Deswegen können wir als FDP-Fraktion ihn auch nicht mittragen.

Vielen Dank.

(Zustimmung bei der FDP)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren, für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Hiebing das Wort.

Bernd-Carsten Hiebing (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen, uns allen ist sicherlich bewusst, dass wir uns in der schwersten Wirtschafts- und Finanzkrise seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland befinden. Dies hat Auswirkungen auf alle Ebenen staatlichen Handelns und damit natürlich auch auf die Kommunen. Leider Gottes bleibt niemand verschont.

(Heinrich Aller [SPD]: Nicht „leider Gottes“! Gott ist nicht schuld daran!)

Herr Kollege Aller, Sie haben das Konjunkturpaket angesprochen. Aus meiner Sicht war es gut, dass der Bund und die Länder versucht haben, den Kommunen zu helfen, indem sie Investitionen auf der kommunalen Ebene anschieben. In Niedersachsen ist das, wie ich finde, sehr kommunalfreundlich gelungen; die Kommunen haben mehr erhalten, als der Bund uns vorgegeben hatte.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Damit sind viele Maßnahmen auf den Weg gebracht worden, die den Menschen vor Ort nachhaltig helfen.

Es ist sicherlich sinnvoll, den Kommunen mehr Planungssicherheit zu verschaffen, möglicherweise auch durch eine Verstetigung ihrer Einnahmen. Die Frage ist allerdings, welches Instrument dafür das richtige ist. Ein Stabilisierungsfonds, wie die SPD ihn vorschlägt, löst die Probleme allerdings nicht, sondern schafft nur jede Menge neue Probleme. Das Verfahren ist bürokratisch und mit einem hohen Aufwand verbunden.

Das mit dem Stabilisierungsfonds ist im Übrigen keine neue Idee. Eine solche Idee hat es in früheren Jahren schon einmal gegeben. Herr Kollege Aller, Sie werden es wissen: In der Zeit, in der Sie Verantwortung getragen haben, haben Sie es ebenfalls nicht für richtig gehalten, einen solchen Fonds aufzulegen. Darüber sollten Sie vielleicht einmal nachdenken. Für mich ist das Ganze ein Verschiebebahnhof, der keinem so richtig hilft.

Ich möchte einmal aus dem Geschäftsbericht des Landkreistages Rheinland-Pfalz zitieren. Darin wird festgestellt, dass aus heutiger Sicht alle Befürchtungen, die in Verbindung mit der Einführung des Stabilisierungsfonds geäußert worden sind, eingetreten sind.

Um es einmal mit einfachen Worten klar und verständlich zu sagen: Dieser Stabilisierungsfonds

sieht vor, den Kommunen in guten Jahren Geld vorzuenthalten, um es ihnen in schlechten Jahren als Kredit, verzinst zu Kreditmarktkonditionen, wieder zur Verfügung zu stellen. Wenn Sie so etwas für richtig halten, dann sagen Sie es.

Dieses System würde allenfalls die Einführung von Kollektivschulden der niedersächsischen Kommunen am Finanzausgleich zur Folge haben.

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Modder?

Bernd-Carsten Hiebing (CDU):

Ich möchte meine Ausführungen gerne erst zu Ende bringen, Frau Kollegin Modder.

Der Stabilisierungsfonds hätte die politische Entmündigung der kommunalen Ebene zur Folge. Er würde mit Sicherheit nicht zu einer Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung führen. Im Gegenteil, damit wäre eine Schwächung der kommunalen Selbstverwaltung verbunden; denn dafür bräuchten Sie noch nicht einmal mehr Beschlüsse der Räte.

Das kann mitnichten der richtige Weg sein. Den Kommunen wird damit nicht geholfen, sondern sie werden bevormundet und ohne eigene Einflussmöglichkeiten in die weitere Verschuldung getrieben.

Meine Damen und Herren, ich darf noch einmal festhalten: Die Beteiligung der Kommunen an den Steuereinnahmen des Landes ist gerade nicht, wie hier suggeriert wird, das Ergebnis einer willkürlichen Festlegung, sondern das Ergebnis einer sorgfältigen Abwägung. Diese Abwägung hat jedes Jahr stattzufinden.

Herr Kollege Aller, Sie haben vorhin beklagt, dass wir in den Finanzausgleich eingegriffen hätten. Ich will daran erinnern, dass Sie in den 90er-Jahren zweimal in den Finanzausgleich eingegriffen haben. Zweimal hat das Verfassungsgericht Ihnen gesagt, das sei nicht okay.

(Heinz Rolfes [CDU]: Vorbestraft sind die! Wiederholungstäter!)

In den Jahren 2004 ff. hat auch diese Landesregierung einmal in den kommunalen Finanzausgleich eingegriffen. Im Jahr darauf hat sie die Hälfte davon zurückgegeben. Das war das erste Mal, dass eine Landesregierung überhaupt so etwas gemacht hat. Das Verfassungsgericht hat gesagt,

dass dieser Finanzausgleich okay ist - im Gegensatz zu dem, was Sie in den 90er-Jahren gemacht haben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Zuruf von Heinrich Aller [SPD])

Meine Damen und Herren, es ist aller Mühe wert, sich Gedanken darüber zu machen, wie man den Kommunen in Niedersachsen helfen kann. Der Vorschlag der SPD ist allerdings nicht der richtige Weg. Es wäre geradezu falsch, ihn zu gehen.

Ich bin fest davon überzeugt, dass unsere Niedersächsische Landesregierung bessere Wege aufzeigt. Dazu gehört z. B. der Zukunftsvertrag für starke Kommunen. Ich danke den kommunalen Spitzenverbänden ausdrücklich dafür, dass sie daran mitgewirkt haben, dass dieser Vertrag zustande kommen kann. Ich glaube, dieser Vertrag hilft vielen Kommunen in dieser schwierigen Situation weiter.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, zu diesen besseren Wegen gehören auch die Verstetigung und Verbesserung der interkommunalen Zusammenarbeit, die Erweiterung der kommunalen Handlungsspielräume und die Hilfe von Kommunen in besonders schwierigen Situationen.

Meine Damen und Herren, der Antrag der SPD-Fraktion hat eine systematische Benachteiligung und zugleich eine Bevormundung der Kommunen zum Inhalt. Er ist in hohem Maße bürokratisch und unseriös. Er löst keine Probleme, sondern schafft allenfalls neue. Das sind viele Gründe, um ihn abzulehnen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Für die Fraktion DIE LINKE erteile ich jetzt Herrn Adler das Wort.

Hans-Henning Adler (LINKE):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dies ist ein sehr dunkler Tag in der Geschichte Niedersachsens, jedenfalls für die Kommunen, nachdem dieser Haushalt 2010 beschlossen worden ist;

(Beifall bei der LINKEN)

denn er hat für die Kommunen ganz schreckliche Auswirkungen. Sie sind in mehrfacher Hinsicht schlechter gestellt als vorher.

Die Kommunen haben die Wirtschaftskrise nicht herbeigeführt, leiden aber unter ihren Folgen in Form von Steuermindereinnahmen. Der kommunale Finanzausgleich wird zurückgeführt. Die Gewerbesteuererinnahmen werden sinken. Nun kommt auch noch das sogenannte Schuldenbeschleunigungsgesetz hinzu, das am Freitag im Bundesrat verabschiedet werden soll. Auch das wird die Finanzausstattung der Kommunen weiter verschlechtern.

Das alles geht an die Substanz der kommunalen Selbstverwaltung. Das führt dazu, dass Investitionen in den Kommunen zurückgehen werden. Das geht auch zulasten des Mittelstandes. Das geht zulasten der Handwerksbetriebe, die dringend auf kommunale Aufträge angewiesen sind.

Der Stabilisierungsfonds, der von der SPD vorgeschlagen wird, enthält durchaus einen richtigen Gedanken. Der richtige Gedanke ist, dass es eine Garantiesumme für die Kommunen geben muss, dass es einfach irgendwann einen Betrag geben muss, den man nicht unterschreiten darf, weil sonst von kommunalem Selbstverwaltungsrecht überhaupt nicht mehr die Rede sein kann.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Dieser Stabilisierungsfonds ist allerdings nicht ausreichend; denn wir brauchen eine grundlegende Neuordnung der kommunalen Finanzen. Da möchte ich an etwas anknüpfen, was ich in der Debatte, ich glaube vorgestern, von der Regierungsseite gehört habe, als es um die Gewerbesteuer ging. Da habe ich eine Äußerung gehört, die ein bisschen allgemein und blumig war. Da hieß es, es müsste Strukturveränderungen bei der Gewerbesteuer geben. Aber es ist dann nicht weiter ausgeführt worden, in welche Richtung. Das finde ich ganz interessant. Darüber sollten wir nachdenken. Ist es eigentlich mit dem Gerechtigkeitsprinzip zu vereinbaren, dass bestimmte Unternehmen Gewerbesteuer zahlen - nämlich solche, die als Gewerbe eingestuft sind - und andere, die nicht unter die Definition des Gewerbes fallen, von dieser Steuer nicht betroffen sind? Da besteht doch eine große Ungerechtigkeit.

Nun kommen Sie mir nicht mit dem Einwand, dass das dann auch das kleine Rechtsanwaltsbüro betrifft; denn die Gewerbesteuer ist strukturell so angelegt, dass es für die ganz Kleinen einen Frei-

betrag gibt. Diejenigen, denen es finanziell schlecht geht, zahlen auch keine Gewerbesteuer; denn die Gewerbesteuer ist im Wesentlichen eine Gewinnsteuer. Angesichts dessen ist es dringend notwendig, durch eine Änderung des Bundesgesetzes die Grundlagen für die Gewerbesteuer so zu verbreitern, dass auch die Kommunen mehr Geld bekommen und dass das Gerechtigkeitsprinzip eingehalten wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren, ebenfalls zu diesem Tagesordnungspunkt hat sich Herr Minister Schünemann gemeldet. Bitte!

Uwe Schünemann, Minister für Inneres, Sport und Integration:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Allert, ich finde es schon mutig, dass Sie nach den Ausschussberatungen diesen Antrag in dieser Breite vertreten und versuchen, Mehrheiten hierfür zu bekommen; denn wenn ich es richtig nachgelesen habe, gab es im Ausschuss und auch von den kommunalen Spitzenverbänden dafür keine Zustimmung. Insofern ist es schon schwierig, es hier so darzustellen, als hätte man eine Möglichkeit gefunden, um den Kommunen nachhaltig zu helfen. Das ist mitnichten der Fall. Ich will nicht wiederholen, was die Vorredner - bis auf eine Ausnahme, nämlich Sie selbst - alle gesagt haben. Der Stabilisierungsfonds ist nicht der richtige Ansatz, weil das Verfahren einfach zu bürokratisch ist.

Vor allem habe ich den Eindruck, dass Sie Ihren Antrag selbst nicht so ganz ernst nehmen; denn Sie müssten ja, wenn Sie im nächsten Jahr damit loslegen wollen - das wollten Sie ja erreichen -, erst einmal eine Einlage finanzieren, und zwar in einer Größenordnung von 300 Millionen Euro. Der Haushalt ist gerade eben verabschiedet worden, und ich habe weder einen Antrag noch irgendwas anderes gesehen. Das heißt, wenn Sie jetzt in Ihren Räten bei den Haushaltsberatungen sagen, Sie wollten ihnen auf jeden Fall Stabilität geben, dann kann ich Ihnen nur entgegenhalten: Ernst haben Sie es nicht gemeint, denn einen Antrag haben Sie hier nicht eingebracht.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Aller?

Uwe Schünemann, Minister für Inneres, Sport und Integration:

Sehr gern.

Heinrich Aller (SPD):

Herr Minister, wenn Sie den Antrag gelesen und genau auf die Stelle gesehen hätten, an der die Forderungen stehen, dann hätten Sie festgestellt, dass wir für zwei Jahre in einer Art Sofortprogramm klar definierte Summen gefordert haben. Dann heißt es: Diese Zeit soll genutzt werden, damit Sie als Kommunalminister, als Vertreter der kommunalen Interessen im Kabinett, mit uns und anderen eine vernünftige Lösung - möglicherweise eine bessere Lösung als in Rheinland-Pfalz - entwickeln können. Wichtig ist: zwei Jahre lang definierte Beträge als Sofortprogramm, Nutzung dieser Zeit für die Einrichtung eines Stabilitätsprogramms, nicht umgekehrt, Herr Kollege.

Uwe Schünemann, Minister für Inneres, Sport und Integration:

Sehr geehrter Herr Kollege Aller, wir haben Ihnen im Ausschuss Folgendes dargestellt: Wenn Sie dort eine Einlage machen - das müssen Sie ja machen, um überhaupt mit dem Fonds beginnen zu können -, dann müssen Sie 300 Millionen Euro zur Verfügung stellen. Das ist weder für den Haushalt 2010 noch in der mittelfristigen Finanzplanung noch irgendwo sonst dargestellt worden. Insofern bleibt es schlicht unseriös, wenn Sie den Kommunen vorgaukeln wollen, dass sie damit mehr Stabilität und eine bessere Ausstattung hätten.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Das können Sie damit beim besten Willen nicht erreichen.

Frau Modder hat mich eben gebeten, nicht mehr aus der Stellungnahme des Landkreistages Rheinland-Pfalz zu zitieren. Deshalb will ich das auch nicht tun, zumal es wirklich wehtut, was da drinsteht; ich tue es auch deshalb nicht, weil bald Weihnachten ist.

Daher gehe ich nur auf das ein, was Herr Briese hier gesagt hat. Sie haben völlig recht, die kommunale Ebene ist in einer schwierigen Situation, auch wenn sie in Niedersachsen Gott sei Dank nicht ganz so sehr wie in allen anderen Bundes-

ländern betroffen ist. Wenn Sie sich die Gewerbesteuer anschauen, dann stellen Sie fest, dass es bundesweit einen Rückgang von weit über 10 % gibt, in Niedersachsen dagegen zurzeit nur von 6 bis 8 %. Trotzdem ist es eine schwierige Situation.

Ich habe schon an anderer Stelle dargestellt, dass es absolut notwendig ist, jetzt auf der Bundesebene zu erreichen, dass man über eine Stabilisierung der Gewerbesteuer, aber auch über andere Dinge nachdenkt. Dazu ist es wichtig, dass die kommunalen Spitzenverbände auch auf Bundesebene möglichst mit einer Stimme sprechen.

Bei diesem wichtigen Punkt haben Sie die Bundesländer und insbesondere die Ministerpräsidenten an Ihrer Seite, weil wir wissen, dass wir, wenn wir die kommunale Ebene nicht stärken, mit dem Aufschwung und anderen Dingen große Probleme haben werden.

Wir müssen eine Wachstumsstrategie erreichen. Wenn Sie sich einmal bei den IHKs, gerade hier in Hannover, erkundigen, dann werden Sie sehen, dass wir durchaus Grund zum Optimismus haben, dass es schon im nächsten Jahr mit einem Wachstum sogar über das hinaus, was auf Bundesebene prognostiziert wird, wieder weiter nach oben gehen wird.

Das ist ein wichtiges Signal: Wachstum zu organisieren, die Kommunen zu unterstützen. Dann wird es in unserem Land weiter vorangehen, nicht aber mit bürokratischen Dingen, die die Kommunen im Prinzip selber bezahlen müssen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren, die Fraktion DIE LINKE hat um zusätzliche Redezeit gebeten. Herr Dr. Sohn, zwei Minuten!

Dr. Manfred Sohn (LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Schünemann, zwei Korrekturen: Die erste betrifft Ihren Verweis auf die Stellungnahmen der kommunalen Spitzenverbände. Der war nämlich nicht richtig. Ich habe im Ohr, dass die kommunalen Spitzenverbände gesagt haben, dass dies die zweitbeste Lösung sei.

(Johanne Modder [SPD]: Richtig, so hat er es gesagt!)

Das ist völlig präzise, und deshalb sind wir dem in der Grundtendenz auch mit genau dieser Argu-

mentation beigetreten. Die beste Lösung wäre natürlich eine bessere Ausstattung der Kommunen und ihrer Finanzgrundlagen, die dringend nötig ist. Aber so zu tun, als sei die zweitbeste Lösung immer noch schlechter als das, was die Landesregierung tut, nämlich nichts, das ist voll daneben, Herr Schünemann.

(Beifall bei der LINKEN und bei der SPD)

Meine zweite Bemerkung geht in die gleiche Richtung. Man darf die beiden Dinge in der Argumentation nicht gegeneinander stellen, nach dem Motto, es sei keine dauerhafte Lösung. Das hat Herr Aller - so habe ich es jedenfalls verstanden - auch nicht gesagt. Natürlich ist das keine dauerhafte Lösung. Was sich aber in diesem Jahr 2010 und - freuen Sie sich auf die Kommunalwahlen - noch gravierender im Jahr 2011 entfalten wird, ist doch Folgendes: Den Kommunen steht jetzt schon das Wasser bis zum Hals. Man kann die Pyrmonter Erklärung des Niedersächsischen Städtetages als nichts anderes als einen Brandbrief lesen. Die Kommunen brauchen zweierlei: eine strukturelle Lösung, die Sie jetzt in Angriff nehmen müssten, und eine vorübergehende Lösung, damit sie nicht absaufen. Darauf zielt der Antrag, und deshalb ist er vernünftig.

Schönen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren, jetzt hat sich noch einmal der Minister zu Wort gemeldet. Herr Schünemann, bitte!

Uwe Schünemann, Minister für Inneres, Sport und Integration:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Modder hatte ausdrücklich darum gebeten, ich möge die kommunalen Spitzenverbände hier nicht zitieren. Nun bin ich aber von Herrn Dr. Sohn darum gebeten worden. Es ist jetzt für mich schwer, eine Entscheidung zu treffen; aber ich glaube, es ist sinnvoll, dass wir uns dies noch einmal genau anschauen. Ich zitiere:

„Sollte dem Entschließungsantrag Folge geleistet werden, so würde den kommunalen Gebietskörperschaften anstelle eines tatsächlich erhöhten kommunalen Finanzausgleichs quasi

eine Art Kredit zur Verfügung gestellt. Dies kann aus kommunaler Sicht allenfalls als zweitbeste Lösung angesehen werden.

(Zustimmung von Johanne Modder [SPD] und Dr. Manfred Sohn [LINKE])

Zu den kommunalen Schulden aus Investitionskrediten und Liquiditätskrediten würde eine zusätzliche Verschuldung im kommunalen Finanzausgleich entstehen.“

Dann geht es wie folgt weiter:

„Die in dem Entschließungsantrag vorgesehene garantierte Finanzausgleichsmasse könnte allenfalls in Krisenzeiten nützlich sein, in konjunkturell besseren Zeiten aber auch negative Auswirkungen für die kommunalen Gebietskörperschaften haben.“

Dann geht es so weiter:

„Anstelle einer festen - - -“

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Herr Minister, ich muss Sie noch einmal unterbrechen. Herr Aller möchte Ihnen eine weitere Frage stellen. - Entschuldigung, das habe ich falsch verstanden. Herr Aller wollte sich zu Wort melden. Das macht man aber mit einem Zettel, Herr Aller.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Er ist doch neu! - Heiterkeit)

Uwe Schünemann, Minister für Inneres, Sport und Integration:

Nun muss ich leider Gottes doch die kommunalen Spitzenverbände aus Rheinland-Pfalz zitieren, weil hier auch auf Rheinland-Pfalz Bezug genommen wurde:

„Erfahrungen aus Rheinland-Pfalz belegen, dass die Kommunen möglicherweise anstelle von einer echten Teilhabe an den Steuereinnahmen des Landes künftig dauerhaft Finanzausgleich auf Kredit bekommen könnten.“

Ich könnte Ihnen das noch weiter vorlesen. Diese Stellungnahme der kommunalen Spitzenverbände zeigt, dass dies überhaupt nicht die Probleme löst, dass es bürokratisch ist und dass wir hier so etwas nun wirklich nicht brauchen. Es hier so darzustellen

len, als hätten die kommunalen Spitzenverbände dies begrüßt, kann man mit diesem Dokument eindeutig widerlegen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren, es gibt weiteren Bedarf nach zusätzlicher Redezeit. Herr Aller, zwei Minuten!

Heinrich Aller (SPD):

Herr Minister, wir sind uns doch einig, dass wir diese Diskussion gar nicht führen müssten, wenn Sie Ihre Rolle als Kommunalminister ordentlich ausüben und dafür sorgen würden, dass die Kommunen aufgabengerecht mit Finanzen ausgestattet werden.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung von Kreszentia Flauger [LINKE])

Dies tun Sie aber nicht. Vielmehr helfen Sie mit - das habe ich vorhin an mehreren Stellen gesagt -, dass die kommunalen Haushalte geplündert werden. Seit 2005 haben Sie 660 Millionen Euro - auch dies steht in den Stellungnahmen der kommunalen Spitzenverbände - aus dem kommunalen Finanzausgleich herausgeschnitten. Sie werden in den nächsten vier Jahren den Kommunen mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz eine halbe Milliarde Euro wegnehmen. Gleichzeitig fordern Sie in dieser kritischen Zeit, dass sie mehrere Aufgaben zusätzlich erfüllen sollen.

Jetzt zu dem fröhlichen Zitieren aus Rheinland-Pfalz. Ist Ihnen denn bekannt, dass die kommunalen Spitzenverbände mit Macht darauf drängen, dass der Stabilisierungsfonds abgeschafft wird? Das ist mitnichten so. Zwei weitere Bundesländer haben gesagt: Wenn es auch die zweitbeste Lösung ist - Herr Briese, weil wir es nicht gleich hinkommen, die kommunale Finanzausstattung auf eine neue, solide Grundlage zu stellen -, so müssen wir jetzt doch handeln, und zwar so, wie wir es gesagt haben: mit einem Sofortprogramm für 2010 und 2011 auf Grundlage der Durchschnittswerte von 2006 bis 2008. Dann kann man sich auch über andere Lösungen, u. a. einen Stabilisierungsvertrag, unterhalten.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren, der Herr Innenminister möchte noch einmal antworten. Bitte schön, Herr Schünemann!

(Heinz Rolfes [CDU]: Den kann man nicht überzeugen!)

Uwe Schünemann, Minister für Inneres, Sport und Integration:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist festzustellen: Die kommunalen Spitzenverbände in Niedersachsen unterstützen Ihren Vorschlag nicht. Das haben wir eben dargelegt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich habe ich mich nur noch einmal zu Wort gemeldet, weil Sie hier immer wieder darstellen, wir hätten die Kommunen in ganz besonderer Weise belastet. Das ist schlicht die Unwahrheit. Wir haben natürlich 150 Millionen Euro aus dem kommunalen Finanzausgleich herausgenommen und dann, als wir wieder mehr Geld eingenommen haben, 75 Millionen Euro wieder eingestellt und über die Gewerbesteuerumlageabsenkung den Kommunen in Niedersachsen insgesamt 300 Millionen Euro ermöglicht.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Das war Automatik!)

- Das war überhaupt nicht automatisch! - Wir haben das zusammen mit Bayern und anderen beantragt und dazu beigetragen, dass dieses Geld den Kommunen zur Verfügung gestellt wird;

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

übrigens ein Beitrag, zu dem auch das Land etwas dazuzahlen muss.

Wie haben Sie das denn in der Vergangenheit gemacht? - Das war Ihnen völlig egal. Sie haben während Ihrer Regierungszeit immer richtig hineingegriffen und haben nie für Kompensation gesorgt.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben in finanziell schwierigen Zeiten durchaus auch etwas machen müssen, haben aber sogar diesen Betrag durch andere Maßnahmen überkompensiert.

(Lachen bei der SPD)

Deshalb ist es schlicht die Unwahrheit, hier darzustellen, dass wir die Kommunen im Regen haben stehen lassen. Das lasse ich hier auch nicht so

stehen. Auch wenn Weihnachten kurz bevorsteht, muss diese Wahrheit nun wirklich auf den Tisch.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses zustimmen und damit den Antrag der Fraktion der SPD in der Drs. 16/1759 ablehnen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Der Beschlussempfehlung wurde gefolgt.

Meine Damen und Herren, ich rufe jetzt **Tagesordnungspunkt 22** auf:

Flughafenstandort Münster/Osnabrück stärken - Niederländische Region Enschede/Overijssel verkehrstechnisch besser anbinden - Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP - Drs. 16/1951

Die Fraktionen sind übereingekommen, den Antrag direkt an den Ausschuss zu überweisen. Es soll der Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr sein. Wer das so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren, ich rufe dann den **Tagesordnungspunkt 23** auf:

Erste Beratung:

Einsetzung einer Enquetekommission „Zukunftsfähiges Niedersachsen - leistungsfähige Kommunen, bürgernahe Verwaltung“ - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 16/1953

Zur Einbringung hat sich Frau Modder zu Wort gemeldet. Bitte schön!

(Vizepräsidentin Astrid Vockert übernimmt den Vorsitz)

Johanne Modder (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir hatten in meiner Fraktion eine sehr ausführliche und ernsthafte Diskussion darüber, ob wir diesen Antrag noch einmal hier in das Plenum einbringen.

Sie sehen: Wir haben uns für die Einbringung entschieden, weil uns das Thema wirklich sehr wichtig ist und weil es uns um die Zukunftsfähigkeit unserer Kommunen und um die kommunale Selbstverwaltung geht, die uns wirklich sehr am Herzen liegt. Herr Minister, wir sehen uns durch die Diskussionen um den Zukunftsvertrag - ich weiß gar nicht, ob das der erste oder der zweite war oder der dritte ist; es kommt sicherlich noch einer -

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Viele!)

- es kommen noch welche! - und die Reaktionen aus dem kommunalen Bereich, insbesondere auch aus anderen Parteien, also auch aus Ihrer Partei, eher bestärkt und ermutigt, diesen Antrag noch einmal einzubringen.

Meine Damen und Herren, der sogenannte Zukunftsvertrag wird heute unterzeichnet werden. Sie werden ihn selbstverständlich als Ihren Erfolg feiern.

(Hans-Christian Biallas [CDU]: Das ist ja auch einer!)

- Ja, das sei Ihnen auch gegönnt, weil Sie ja so viel nicht mehr zu feiern haben. Das Regieren wird zunehmend schwieriger. Es sei Ihnen also gegönnt.

(Beifall bei der SPD - Widerspruch und Lachen bei der CDU)

Ich fürchte, dass diese Freude nicht von langer Dauer sein wird, weil es nicht nur nach unserer festen Überzeugung nur in einigen wenigen Kommunen gelingen wird, mit diesem Zukunftsvertrag die finanzielle Leistungsfähigkeit wiederherzustellen. Wie durch die individuellen vertraglichen Vereinbarungen, also die Zielvereinbarungen, zwischen den betroffenen Kommunen und der Landesregierung die dauernde Leistungsfähigkeit gesichert werden soll, ist völlig unklar und sicherlich auch im Einzelfall zu beurteilen.

In diesem Zusammenhang wäre vielleicht auch noch einmal zu klären, wie Sie „dauernde Leistungsfähigkeit“ definieren. Wir alle wissen, wie es in den kommunalen Haushalten aussieht und wie dramatisch sich die Situation zumindest in den nächsten zwei Jahren noch zuspitzen wird. Wir haben diese Debatte während der Haushaltsberatungen und dem vorhergehenden Punkt geführt. Die Kassenkredite sind trotz guter wirtschaftlicher Entwicklung in den letzten Jahren wieder auf rund 4,5 Milliarden Euro angestiegen, Tendenz weiter steigend. Die Steuereinnahmen brechen weiter

weg, und in einigen Kommunen droht die Handlungsunfähigkeit. Wie hat es der Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes, Herr Gerd Landsberg, trefflich beschrieben? - Die kommunale Selbstverwaltung ist akut in Gefahr.

Meine Damen und Herren, die drei kommunalen Spitzenverbände haben diesem Zukunftsvertrag zugestimmt, und er wird heute Nachmittag unterschrieben werden. Aber alle drei Spitzenverbände - auch das gehört zur Wahrheit dazu - haben deutlich gemacht, dass durch diese Vereinbarung die Probleme bei Weitem nicht gelöst werden und sie nur einzelnen Kommunen eine Chance bietet, sich zumindest teilweise zu entschulden.

Der Niedersächsische Städte- und Gemeindebund sieht die Notwendigkeit, strukturelle Änderungen im Finanzausgleichssystem vorzunehmen, weil - so der Präsident, Herr Timmermann - das Finanzausgleichssystem in seiner heutigen Ausprägung versagt hat.

Der Niedersächsische Landkreistag äußerte trotz Unterschrift weiterhin Vorbehalte. Die Vereinbarung sei keinesfalls geeignet, gravierende strukturelle Finanzprobleme der Kommunen zu lösen. Es gehe allenfalls um punktuelle Hilfestellungen für einzelne Gebietskörperschaften. Der NLT verstehe diese Vereinbarung als den Beginn eines umfassenden Prozesses zur Fortführung der Verwaltungsreform.

Aus dem Städtetag heißt es, Fusionen dürften kein Zufallsprodukt sein. Die Regierung müsse begreifen, dass sie in die richtige Richtung gehen müsse, um die Kommunalverbände im Boot zu behalten. Sie dürfe sich nicht vor Entscheidungen drücken. So müssen das Land auch einmal Größenvorstellungen für Fusionen nennen.

Meine Damen und Herren, Sie sehen allein an diesen Reaktionen, dass die Probleme und Herausforderungen der nächsten Jahren mit diesem Zukunftsvertrag nicht gelöst werden, sondern es wirklich eines ernsthaften und grundlegenden Prozesses bedarf. Den Weg, den Sie gehen wollen, nämlich über die Entschuldungshilfe zu Fusionen und zu Umwandlungen von Samtgemeinden in Einheitsgemeinden zu kommen, obwohl sie ja auch die Fusion von Samtgemeinden wieder prämiieren, also Gebietsveränderungen herbeiführen, und das alles der Freiwilligkeit zu überlassen, halten wir für verantwortungslos und nicht zielführend.

(Beifall bei der SPD)

Gleichzeitig diskutieren Sie mit den kommunalen Spitzenverbänden über weitere Aufgabenverlagerungen, und das, ohne dabei die Leistungsfähigkeit unserer Kommunen wirklich im Blick zu haben. Sie, meine Damen und Herren, zäumen das Pferd von hinten auf. Ich finde es aber fast genauso schlimm, dass Sie, meine Damen und Herren von CDU und FDP, sich als Parlamentarier aus dieser Diskussion völlig verabschiedet haben.

(Beifall bei der SPD)

Sie überlassen das Feld bei einem wirklich so wichtigen Thema für das Land Niedersachsen, nämlich der Neustrukturierung des Landes, dem Zufall, den kommunalen Spitzenverbänden und der Landesregierung allein. Sie tauchen völlig ab.

(Beifall bei der SPD)

Eigentlich sind wir uns alle einig, dass Handlungsbedarf besteht. Wir streiten uns nur noch um den Weg. Unser Vorschlag zur Einsetzung einer Enquetekommission ist nach den ersten Diskussionen über diesen Zukunftsvertrag wichtiger und richtiger denn je. Wir haben in unserem Antrag die Handlungs- und Aufgabenfelder beschrieben und einen weitreichenden Fragenkatalog formuliert, der natürlich jederzeit ergänzt werden könnte.

Wir, meine Damen und Herren, wollen eine offene, breit angelegte Diskussion über die zukünftigen Strukturen in unserem Land, und wir wollen eine ehrliche Aufgabenkritik, sich daraus ergebend eine aufgabengerechte Finanzausstattung und vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung eine Diskussion über die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge in unserem Land.

Meine Damen und Herren, ich betone nochmals ausdrücklich, dass es meiner Fraktion nicht um eine von oben diktierte Gebietsreform, sondern um einen ergebnisoffenen Prozess geht, den wir aus Verantwortung für unser Land und für unsere Kommunen führen müssen. Noch können Sie, meine Damen und Herren, sich vielleicht unter dem Deckmäntelchen der Freiwilligkeit verstecken. Aber was machen Sie eigentlich, wenn diese Ihre Angebotsphase nicht zu dem erhofften Erfolg führt, und warum haben Sie dieses Angebot eigentlich bis zum 31. Oktober 2011 befristet?

(Zuruf von Reinhold Coenen [CDU])

- Was kommt danach, Herr Coenen? Sagen Sie das einmal! - Warum, meinen Damen und Herren von CDU und FDP, ist es nicht möglich, in dieser Frage einmal parteiübergreifend zu arbeiten und

zu Lösungen zu kommen? Meine Fraktion ist der festen Überzeugung, dass die Einrichtung einer Enquetekommission für diesen hoch komplexen Bereich genau das Richtige wäre, um ein zukunftsfähiges Niedersachsen zu beschreiben. Ich bitte Sie daher nochmals wirklich eindringlich, unseren Antrag in Ihren Gremien zu beraten. Vielleicht ist das eine kleine Denkaufgabe über Weihnachten. Es ist wichtig für unser Land. Deshalb lade ich Sie wirklich herzlich dazu ein.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herzlichen Dank, Frau Kollegin Modder. - Für die CDU-Fraktion haben Sie, Herr Kollege Biallas, das Wort.

Hans-Christian Biallas (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie haben es eben selbst zugegeben: Dieser Antrag ist in der Tat nicht neu.

(Zurufe von der SPD: Aber richtig! - Aber gut!)

Sie haben ihn im März 2009, also in diesem Jahr, schon einmal gestellt. Jetzt könnte man in der Tat meinen, der neue Antrag habe womöglich eine neue Zielrichtung oder neue Inhalte oder er nehme gar irgendetwas Konkretes aus der neuesten Entwicklung auf. Fehlanzeige!

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Er hat eine neue Begründung!)

- Richtig, der neue Antrag ist der alte mit neuem Datum und neuer Begründung. Aber der zweieinhalbseitige Beschlusstext, über den wir hier übrigens schon einmal abgestimmt haben, ist identisch.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Ja, weil er immer noch aktuell ist!)

Nun kann man als Opposition, wenn einem nichts Neues einfällt, jeden Antrag, der hier schon einmal abgelehnt worden ist, noch einmal stellen. Das können wir gar nicht verhindern.

Zu der Frage „Wie helfen wir den Kommunen?“ gebe ich zu: Sicherlich führen viele Wege nach Rom. Aber am Ende muss man sich für einen Weg entscheiden, und wir haben uns gemeinsam mit der Landesregierung nun entschieden, den richtigen und für die Kommunen und das Land wichti-

gen Weg des Zukunftsvertrages für starke Kommunen zu gehen.

Frau Kollegin Modder, Sie haben eben noch einmal vorgetragen, was auch in der Begründung Ihres Antrages steht:

„Zielsetzung“

- des Zukunftsvertrages -

„ist ... hauptsächlich allein die Konsolidierung der kommunalen Haushalte.“

Ich muss hier feststellen, dass Sie leider all die anderen Vereinbarungen, die getroffen worden sind, und auch die ausführliche Unterrichtung, die wir im Innenausschuss bekommen haben, offensichtlich nicht zur Kenntnis genommen haben. So viel übrigens zur Beteiligung des Parlaments und der Parlamentarier: Im Innenausschuss ist durch den Referatsleiter ausführlich dargestellt worden, erstens was die Inhalte sind, zweitens welchen Weg man gehen will und drittens welches Ziel man hat. Das ist eigentlich ganz seriös dargestellt worden und von Ihnen übrigens auch gar nicht kritisiert worden.

Die Landesregierung und die kommunalen Spitzenverbände verabreden in dieser Vereinbarung den Ausbau eines Instrumentariums zur Steigerung der Leistungsfähigkeit der kommunalen Gebietskörperschaften. Im Mittelpunkt stehen dabei drei Punkte:

Erstens - das ist der Punkt, den allein Sie angesprochen haben - die Möglichkeit einer kommunalen Entschuldung für eine zukunftsfähige Ausrichtung zahlreicher strukturschwacher Gemeinden und Landkreise. Ein zentraler Baustein für eine zukunftsfähige Ausrichtung der kommunalen Strukturen in Niedersachsen und für zahlreiche strukturschwache Gemeinden und Landkreise sind freiwillige und dauerhaft zukunftsfähige kommunale Zusammenschlüsse.

Nun haben Sie eben kritisiert, dass wir auf Freiwilligkeit setzen. Das Gegenteil von Freiwilligkeit ist Zwang. Wir wollen keinen Zwang - um das ganz deutlich zu sagen.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP - Kurt Herzog [LINKE]: Daumenschrauben! - Wolfgang Jüttner [SPD]: Wir wollen Verantwortung des Landes!)

Ich sage Ihnen auch: Es kann keinen ergebnisoffenen Zwang geben. Zwang ist Zwang. Zwang

engt die Menschen ein. Wir stehen für eine freiheitliche Gesellschaft und nicht für eine Zwangsgesellschaft.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Auch das Ziel ist klar formuliert: Kleine, wirtschaftlich auf Dauer nicht überlebensfähige Gemeinden und Kreise sollen im Rahmen freiwilliger Zusammenschlüsse zu leistungs- und zukunftsfähigen Einheiten entwickelt werden oder weiterentwickelt werden.

Zudem sollen Kommunen unterstützt werden, die ihre dauernde Leistungsfähigkeit trotz extremer Kassenkreditverschuldung auch ohne Fusion wiederherstellen können. Von Ihnen war ja schon einmal gefragt worden: Was machen eigentlich diejenigen, die faktisch keine Möglichkeit haben, mit einem Nachbarn zu fusionieren? - Das kann es geben. Wenn es im Rahmen des Zukunftsvertrages vertragsfähige Vereinbarungen gibt, dann soll auch denen geholfen werden.

Zweitens. Das Prinzip der bürgernahen Durchführung öffentlicher Aufgaben ist ein wesentliches Feld. Zu diesem Zweck werden Landesregierung und kommunale Spitzenverbände bis Ende 2010 die Aufgabenstruktur und die Aufgabenverteilung intensiv und ergebnisoffen prüfen. Frau Kollegin Modder, wenn man sich darüber unterhält, wer welche Aufgaben bürgernah versehen kann, dann ist in der Tat auch die Frage zu stellen: Wer finanziert sie? Man muss auch die Frage stellen: Müssen eigentlich alle öffentlichen Aufgaben so weitergeführt werden, Herr Kollege Briese, wie es jetzt der Fall ist, oder kann man bei der Aufgabenerledigung auch zu schlankeren Strukturen und damit zu Einsparungen kommen? - Das alles sind Fragen, die hier aufzuwerfen und zu beantworten sind.

(Zustimmung bei der CDU)

Drittens. Es soll eine ressortübergreifende Strukturpolitik mit den Kommunen geben. Das ist ein weiterer Schwerpunkt des Zukunftsvertrages: die Begleitung der Kommunen in den strukturschwachen, demografisch herausgeforderten Räumen durch eine nachhaltige, ressortübergreifende, integrative Regional- und Strukturpolitik. Was heißt das? - Es gibt - da sind wir uns wahrscheinlich einig - bestimmte Gegenden in Niedersachsen, in denen das Problem besonders markant ist:

(Johanne Modder [SPD]: Cuxhaven!)

Cuxhaven, Lüchow-Dannenberg oder der Harz. Das heißt nicht, dass es allen anderen Gold geht. Aber die Lage hat sich in bestimmten Regionen zugespitzt und verschärft. Dann muss man eben gucken: Woran liegt es, dass es bestimmte Regionen gibt, in denen das Problem sehr viel schärfer auftritt als in anderen Regionen?

Meine sehr geehrten Damen und Herren, im Zukunftsvertrag heißt es ausdrücklich:

„Die bürgernahe Durchführung öffentlicher Aufgaben durch die Kommunen ist der Regelfall staatlichen Handelns. Zu diesem Zweck werden Landesregierung und kommunale Spitzenverbände gemeinsam bis Ende 2010 eine weitere Kommunalisierung von Aufgaben unter Beachtung von Art. 57 Abs. 4 der Niedersächsischen Verfassung intensiv prüfen.“

Es liegen ja Vorschläge auf dem Tisch. Über die gemeinsame Erklärung der kommunalen Spitzenverbände wird zu reden sein. In diesem Papier wird eine Reihe von Vorschlägen gemacht, die z. B. die Entwicklung ländlicher Räume, den öffentlichen Personennahverkehr, den Jugendhilfe- und Schulbereich sowie die Bereiche Sozialwesen und Umweltrecht betreffen.

(Glocke der Präsidentin)

Es ist also ein großer, bunter Strauß von Vorschlägen, die zunächst einmal gemeinsam von Landesregierung und kommunalen Spitzenverbänden im Rahmen des Zukunftsvertrages erörtert und möglichst zielgerichtet bearbeitet werden sollen.

Um es noch einmal deutlich zu sagen: Wir haben nichts gegen das Instrument einer Enquetekommission. Aber wenn gerade heute der Zukunftsvertrag unterzeichnet wird, in dem klare Regeln und Übereinkünfte getroffen werden, ist eine Parallelveranstaltung im Landtag nicht produktiv.

(Glocke der Präsidentin)

Ein Letztes will ich sagen: Frau Kollegin Modder, Sie können sich darauf verlassen, dass wir uns über die Schritte, die im Rahmen der Erörterung des Zukunftsvertrages getan worden sind, im Innenausschuss unterrichten lassen. Natürlich wird der Innenausschuss das Ergebnis, das dort erzielt worden ist - wenn denn eines erzielt worden ist -, auch beurteilen können.

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Einen letzten Satz!

Hans-Christian Biallas (CDU):

Das müssen wir sicherstellen.

Ich wünsche Ihnen allen besinnliche Feiertage. Denken Sie nicht nur an die Enquetekommission! Weihnachten hat eigentlich einen ganz anderen Ursprung. Ich wünsche Ihnen, dass Sie auch darüber einmal nachdenken und erst nach Neujahr wieder über die Enquetekommission.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Danke schön. - Zu einer Kurzintervention auf die Rede des Kollegen Biallas erteile ich Herrn Kollegen Jüttner von der SPD-Fraktion für anderthalb Minuten das Wort. Bitte schön!

Wolfgang Jüttner (SPD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin! - Herr Biallas, wenn Sie von einer Parallelveranstaltung sprechen, für die der Landtag sich hergeben sollte, klingt darin ein Unterton, der des Parlamentes unwürdig ist, wie ich finde. Wir sind die Volksvertretung und tragen die Verantwortung dafür. Das hat Vorrang.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei der LINKEN)

Zweitens. Sie halten das Prinzip der Freiwilligkeit hoch. Das ist auch in Ordnung; das sollte man immer anwenden. Konsensorientierte Debatten sind nötig. Aber daneben gibt es auch das Prinzip der Verantwortung, nämlich der Verantwortung der Landespolitik für die Raumordnung in Niedersachsen. Was machen Sie, Herr Biallas - auf diese Frage hätte ich gern eine Antwort -, wenn eines der drei von Ihnen angeführten besonders problematischen Gebiete, nämlich z. B. Lüchow-Dannenberg, zu dem Ergebnis kommt, dass man dort freiwillig zu nichts bereit ist? Ja, meine Damen und Herren, das ist die aktuelle Situation. Was wird aus dem Gesamtpaket, wenn sich die brisantesten Bereiche aus der Veranstaltung verabschieden? Was bleibt dann für den Rest übrig?

Die Verwerfungen in Niedersachsen würden sich darüber dramatisch erhöhen. Das kann nicht zugelassen werden. Sich allein hinter Freiwilligkeit zu verstecken, wird der landespolitischen Verantwor-

tung dieser Landesregierung nicht gerecht. Deshalb braucht es hier die Enquetekommission.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herzlichen Dank. - Herr Biallas möchte antworten. Auch Sie haben exakt anderthalb Minuten.

Hans-Christian Biallas (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich wollte heute weihnachtlich friedlich sein und gebe mir auch alle Mühe, das zu bleiben, damit wir in der gewohnt sachlichen Art zu Ende kommen. Herr Kollege Jüttner, deswegen habe ich diesen Punkt weggelassen.

Ich habe gesagt, die Alternative zur Freiwilligkeit ist Zwang.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Gesetze sind dauernd Zwang! Was hier passiert, ist nicht Zwang, sondern Verantwortung!)

Dann müssten Sie den Mut und den Mumm haben, sich als Landtag bzw. als Gesetzgeber die Niedersachsenkarte vorzunehmen und zu sagen: Wenn das nicht funktioniert und sie das nicht freiwillig wollen, dann machen wir per Gesetz eine Zusammenführung mit Uelzen oder Lüneburg - wahrscheinlich nicht mit dem Harz, das wird nicht gehen.

Sie haben ja einen Vorschlag gemacht: Sie wollen Großregionen haben.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Wir haben keinen Vorschlag gemacht! Wir haben eine Enquetekommission vorgeschlagen!)

Aber da sage ich Ihnen: Wir haben das hier gesetzlich eingeführt. Uns wurde gesagt: Die Regionen sind bürgernäher, sparsamer und bieten riesige Vorteile. - Gucken Sie sich die Situation der Region Hannover an.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Ich sage Ihnen: Die Region Hannover ist ein totaler Rohrkrepiierer. So etwas machen wir nicht landesweit.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herzlichen Dank. - Nächster Redner ist Herr Briese von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Bitte schön!

Ralf Briese (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Wenn Herr Biallas sagt, Sie sind immer so kommunalfreundlich und operieren, was die Kommunen angeht, nie mit Zwang, dann fange ich immer gerne mit der kleinen Geschichte aus meiner Stadt Oldenburg an. Herr Biallas, Sie haben in das Polizeigesetz - ein Landesgesetz - hineingeschrieben: Jetzt staffieren wir unsere Kommunen mit Videokameras aus. - Dazu hat der Rat Stadt Oldenburg mit großer Mehrheit gesagt: Nein, diese Videokameras des Landes brauchen wir gar nicht. Wir haben in Oldenburg keine Kriminalitätsschwerpunkte, die das rechtfertigen würden. - Wissen Sie, was der kommunalfreundliche Innenminister darauf erwidert hat? Er hat gesagt: Was die Kommune in Oldenburg sagt, das interessiert mich gar nicht. Ihr kriegt diese Kamera, ob ihr sie wollt, ob ihr sie braucht oder nicht. Die verordne ich euch von oben mit Zwang. - So viel dazu.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf von der CDU: Die bekommen sie ja geschenkt!)

Es ist ein Mythos, dass Sie durch Landesgesetze nie Zwang anwenden. Das muss ich Ihnen einmal sagen!

(Ulf Thiele [CDU]: Nein, das ist ein schlechtes Beispiel, Herr Briese! - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Die zweite Eingangsbemerkung, Herr Innenminister: Ich teile Ihren Optimismus nicht wirklich, was die kommunale Finanzsituation in Bezug auf das Jahr 2010 angeht. In der Debatte zum vorherigen Tagesordnungspunkt haben Sie ja versucht, das ein bisschen anzudeuten: Na ja, so schlecht stehen wir ja nicht da. Vielleicht werden wir eine wirtschaftliche Erholung haben. - Sie wissen ganz genau: Die meisten Institute und Sachverständigen sagen, dass die Arbeitsmarktlage - das müssen Sie sich schon einmal anhören, es geht jetzt um etwas kompliziertere wirtschaftspolitische Fragen - dem entsprechenden Wirtschaftstrend meistens erst verzögert nachfolgt. Wir werden also ein Anwachsen der Arbeitslosigkeit haben, wenn sich die nicht alle täuschen. Das wird auch entsprechende Mehrkosten in den Kommunen verursachen. Die große Kostenlawine wird also erst im Jahr 2010 kommen. Wir werden nicht die große kommunale

finanzielle Entlastung haben, sondern die Situation wird im nächsten Jahr erst einmal deutlich schwieriger werden. Wir werden diese Debatte des Heulens und Zähneklapperns wahrscheinlich nicht nur im Bund mit der höchsten Neuverschuldung, die wir je gehabt haben - interessanterweise sind es immer CDU-Finanzminister, die die höchsten Neuverschuldungen zu verantworten haben -, sondern auch in den Kommunen haben.

Deswegen sollten wir alle in diesem Landtag uns in der vielleicht schwierigsten Frage, die wir landespolitisch in den nächsten Jahren zu entscheiden haben, noch ein bisschen bewegen und noch einmal in uns gehen: Was könnten denn langfristige Lösungen sein, wie können wir die kommunale Selbstverwaltung langfristig nachhaltig und zukunftssicher machen?

Herr Schünemann, der Zukunftsvertrag wird sich erst beweisen müssen.

(Jan-Christoph Oetjen [FDP]: So ist es!)

Ich glaube nicht, dass er eine durchschlagende Lösung bringen wird. Vielleicht ist er nicht in Bausch und Bogen zu verurteilen - das will ich gar nicht machen -, aber wir sind erst ganz am Anfang. Bei diesem Vertrag stellen sich tatsächlich erst einmal noch sehr viele Fragen. So richtig deutlich wird ja nicht, wohin man will. Sie wissen z. B. noch gar nicht, was Sie kommunalisieren sollen. Vor allen Dingen wissen wir gar nicht, wie viele sich überhaupt zu entsprechenden Fusionsdebatten bereit erklären werden. Sie arbeiten jetzt mit einem Anreizmodell. Aber wie viele Kommunen auf diesen Anreiz eingehen werden, wissen Sie natürlich nicht. Herr Jüttner hat die entscheidende Frage gestellt: Was machen Sie mit Problemregionen, die schon heute total abgehängt sind und die sich nicht bereit erklären? - Genau diesen Sachstand hat Herr Jüttner ja dargestellt. Uelzen und Lüchow-Dannenberg z. B. haben gesagt: Wir nehmen nicht einmal das Gutachten des Landes in Anspruch. - Die haben schon abgelehnt, sich das Gutachten des Landes bezahlen zu lassen und zu gucken, ob überhaupt eine Fusionsrendite möglich ist. In Niedersachsen haben wir mittlerweile mehrere Regionen, in denen Kommunen gesagt haben, sie wollen keine Fusionen. Dort sind die entsprechenden Vorhaben also schon komplett gescheitert. Deswegen ist es, glaube ich, sinnvoll, die Resettaste zu drücken und noch einmal auf null zu gehen und im Landtag zu sagen, wo wir momentan stehen und was insgesamt nötig ist.

Natürlich hat die SPD keine Lösung. Auch die Grünen haben keine Lösung, wie die kommunale Landschaft, die Gebietskulisse in zehn oder zwanzig Jahren aussehen soll. Auch Sie haben sie nicht. Deswegen macht eine Enquetekommission bei der einen oder anderen Frage vielleicht schon Sinn.

(Zustimmung von Enno Hagenah
[GRÜNE])

Zehn Großkreise - das kann es auch nicht sein. Das ist, glaube ich, klar. In der ersten Debatte, die wir hier geführt haben, war ich auch etwas skeptisch, weil man natürlich weiß, dass Enquetekommissionen vielleicht sehr viel Sinnvolles und Interessantes produzieren, dass wir aber am Ende entscheiden müssen. Wenn wir lange und intensiv tagen und ein schöner Bericht geschrieben wird, aber nichts davon umgesetzt wird, macht das natürlich keinen Sinn.

(Glocke der Präsidentin)

In Teilen haben wir gar kein Erkenntnisdefizit, sondern ein politisches Handlungsdefizit.

Wir müssen selbstkritisch feststellen: Richtig viel bewegt sich momentan bei dem Thema Gebietsreform nicht. Das ist natürlich auch dem Umstand geschuldet, dass Sie sich die entsprechenden Gerichtsentscheide des Staatsgerichtshof und des Bundesverfassungsgerichts in diesen Fragen angeschaut haben. Da muss man ehrlich feststellen, dass das Thema Gebietsreform ein verfassungsrechtlich sehr schwieriges Thema ist.

(Jan-Christoph Oetjen [FDP]: So ist es! Sehr richtig!)

Sie haben es in Lüchow-Dannenberg ja selber einmal mit einer kleinen Reform versucht. Da hat der Staatsgerichtshof gesagt: Liebes Land, du kannst natürlich etwas machen, aber ich gebe dir sehr strenge Darlegungsvorschriften als Auftrag mit, wenn du etwas hochzonen willst.

(Glocke der Präsidentin)

Diese Aufgabe, die der Staatsgerichtshof Ihnen ins Stammbuch geschrieben hat, ist sehr schwierig.

Weil das alles verfassungsrechtlich usw. ziemlich vertrackt ist, macht es doch Sinn, einmal eine Sachverständigenkommission an den Tisch zu holen, um das gesamte Thema von allen Seiten zu beleuchten und dann vielleicht doch gemeinsam, konsensual eine Lösung zu erarbeiten.

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Einen letzten Satz gestatte ich Ihnen.

Ralf Briese (GRÜNE):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Das ist mein letzter Satz: Wenn wir ehrlich sind, dann gibt es gar nicht so starke parteipolitische Differenzen, sondern die Diskussion geht quer durch alle Reihen, Herr Biallas. Es gibt einen CDU-Oberbürgermeister in Braunschweig, der sagt: Ich möchte eine stärkere Region in meiner Gegend haben.

(Heiner Bartling [SPD]: Letzter Satz!)

- Der allerletzte Satz, Frau Präsidentin.

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Nein, es tut mir leid. Ich hatte Ihnen so viele Chancen gegeben. Das Mikrofon habe ich schon abgestellt, Herr Briese. Sie hatten den Zwischenruf gar nicht gehört, als Sie Ihren letzten Satz mit einem Punkt angefangen haben, der schon gesetzt war. Ich habe dort Spiegelstriche gehört. Herzlichen Dank, Herr Briese.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Adler, Sie haben das Wort für die Fraktion DIE LINKE.

Hans-Henning Adler (LINKE):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Was die Kritik an dem sogenannten Zukunftsvertrag betrifft, kann ich mich auf die Ausführungen von Frau Modder und Herrn Briese beziehen. Ich finde sie in der Sache richtig. Wir müssen doch folgendes Problem sehen: Das finanzielle Desaster der Kommunen können wir nicht dadurch lösen, dass wir - sei es durch finanzielle Stimuli, oder sei es durch Zwang - größere Einheiten schaffen; denn größere Einheiten bedeuten weniger kommunale Selbstverwaltung, weniger kommunale Abgeordnete und weitere Wege für die Bürgerinnen und Bürger zu den dann zentral geschaffenen Verwaltungseinheiten.

(Beifall bei der LINKEN)

Der niedersächsische Innenminister hat, wie ich auf der Homepage der Staatskanzlei lesen konnte, folgenden Satz gesagt:

„Zukunftsfähige kommunale Strukturen können nur dann erfolgreich entwickelt werden, wenn diese von einer breiten Mehrheit der politisch Verant-

wortlichen vor Ort und der Bevölkerung getragen werden.“

Diesen Satz finde ich völlig richtig, Herr Innenminister. Aber das bedeutet auch: Wenn man solche Fusionen von Gemeinden und Kreisen tatsächlich durchführt, muss man meiner Ansicht nach auch das Volk befragen und entsprechende Befragungen organisieren. Das ist die Konsequenz daraus.

Nun zu dem Antrag der SPD-Fraktion, mit dem erneut gefordert wird, eine Enquetekommission einzurichten: Ich habe mir einmal die Mühe gemacht, die beiden Anträge in der Drs. 16/990 und der Drs. 16/1953 miteinander zu vergleichen. Es gibt dabei zwei kleine Unterschiede: Zum einen haben Sie in diesen Anträgen das Wort „zu“ einmal klein und einmal groß geschrieben. Zum anderen haben Sie bei der Passage „acht Sachverständige“ die Zahl „8“ einmal als Ziffer und einmal in Worten geschrieben. Ansonsten sind die Anträge tatsächlich identisch.

Nur in der Begründung gibt es noch einen kleinen Unterschied. Aber auch dadurch - das muss ich sagen - ist der Antrag nicht viel besser geworden. Dort steht ein toller Satz - ich zitiere -:

„Zusammenschlüsse von Kommunen sind gleichwohl lediglich dann als mittel- und langfristig nachhaltig zu bezeichnen, wenn die neue Struktur in einer Gesamtschau der jeweils betroffenen Region vor dem Hintergrund der Aufgabenwahrnehmung als zukunftsfest beurteilt werden kann.“

Was ist das eigentlich für ein Satz? - Etwas ist nachhaltig, wenn es zukunftsfest ist. Das können Sie genauso gut umdrehen. Ehrlich gesagt: Damit bringen Sie die Sache nicht viel weiter.

Ich vermisse in Ihrem Antrag die politische Richtung, weil man wirklich nicht weiß, worauf Sie hinauswollen. Wenn Sie schon geprüft haben wollen, welche Aufgaben im Rahmen einer Aufgabenkritik entfallen können, dann sollten Sie politisch Farbe bekennen und sagen, in welche Richtung die Sache nach Auffassung der SPD-Fraktion gehen soll. Wir sind jedenfalls sehr skeptisch, wenn ein Begriff wie „Aufgabenkritik“ genannt wird.

(Zustimmung von Kurt Herzog [LINKE])

Meistens führt das nämlich zu Kürzungen zulasten der Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herzlichen Dank, Herr Adler. - Für die FDP-Fraktion - das ist die letzte Wortmeldung, die mir im Moment vorliegt - hat jetzt Herr Oetjen das Wort.

Jan-Christoph Oetjen (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist bereits mehrfach gesagt worden, dass Ihr Antrag auf Einrichtung einer Enquetekommission schon einmal vorgelegen hat. Ich bin darauf gespannt, welche neuen Beweggründe wir - ich nicht, aber meine Kollegen - im Ältestenrat hören werden.

Das, was der Kollege Briese hier gesagt hat, ist richtig. Wir haben jetzt den Zukunftsvertrag. Ich sage sehr deutlich: Wir freuen uns darüber, dass die kommunalen Spitzenverbände diesen Weg mit uns gehen wollen. Dieser Zukunftsvertrag muss sich in der Tat erst beweisen. Wir sind sehr zuversichtlich, dass er sich beweisen wird. Von daher glaube ich, dass es das falsche Signal wäre, jetzt eine Enquetekommission einzurichten, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Wir haben in dem Zukunftsvertrag festgelegt, dass wir Fusionen nicht von oben verordnen wollen, sondern dass Fusionen von unten heraus wachsen sollen aus der Verantwortung der kommunalen Mandatsträger vor Ort.

Dass sich viele Kommunen auf den Weg machen und dass es vor Ort Diskussionen darüber gibt, mit dem einen oder anderen zusammenzugehen, können wir in der Lokalpresse lesen. Mittlerweile liegen schon einige Projekte vor, bei denen es bereits Beschlüsse gegeben hat, dass es zu neuen zukunftsfähigen Strukturen kommen wird. Ich habe gelesen, dass man sich auch im Landkreis Norderheide sehr intensive Gedanken über diese Frage macht.

Wir haben also eine kommunale Landschaft, die sich auch aufgrund dieses Zukunftsvertrages durchaus bewegt. Von daher bin ich sehr zuversichtlich, dass das, was wir mit dem Zukunftsvertrag bezwecken wollen, funktioniert.

Das, was in der Enquetekommission erarbeitet werden soll - wenn man den Text liest, liebe Kollegin Modder -, ist, dass ein neues Leitbild entwickelt werden soll und dass Kriterien entwickelt werden sollen, wie eine kommunale Struktur aussehen soll. Meine Damen und Herren, ich glaube, dass das die Vorbereitung dafür ist, dass eine Gebietsreform von oben kommen soll. Eine Gebietsreform

von oben lehnen CDU und FDP kategorisch ab, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herr Kollege Oetjen, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Modder? - Er möchte keine Zwischenfragen zulassen.

Jan-Christoph Oetjen (FDP):

Wir haben in dem Zukunftsvertrag ferner festgelegt, dass geprüft werden soll, ob Aufgaben kommunalisiert werden können. Das ist ja einer der Bausteine. Wir wissen, dass die kommunale Ebene diesbezüglich sehr unterschiedlich tickt. So hat der Städte- und Gemeindebund natürlich ganz andere Anforderungen als der Niedersächsische Landkreistag. Aber wenn wir diesen Prozess fortsetzen und uns gemeinsam mit ihnen an einen Tisch setzen, wie es vorgesehen ist, dann werden dabei, meine ich, gute Ergebnisse herauskommen.

Ich persönlich bin übrigens der Meinung, dass wir uns sehr intensiv auch darüber unterhalten müssen, ob Aufgaben, die bereits kommunalisiert sind, auf der Ebene der Landkreise oder der Kommunen angesiedelt werden sollen. Das ist aus meiner Sicht eine sehr wichtige Frage.

Der Kollege Briese hat u. a. die Frage der verfassungsrechtlichen Schwierigkeiten angesprochen. Wir haben gesehen, dass das Ganze in Mecklenburg-Vorpommern gründlich in die Hose gegangen ist.

(Ralf Briese [GRÜNE]: Rot-Rot!)

- Ja, Rot-Rot. - Gerade vor diesem Hintergrund müssen wir aus meiner Sicht sehr vorsichtig sein, wenn es darum geht, irgendetwas von oben zu verordnen. Wir wollen einen gemeinsamen Weg mit den Kommunen entwickeln und diesen Weg gemeinsam gehen. CDU und FDP werde das äußerst verantwortungsvoll und sehr erfolgreich tun.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen eine gesegnete Weihnacht.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU -
Heiner Bartling [SPD]: Frohes Fest!)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Danke schön, Herr Kollege Oetjen, auch für die reduzierte Redezeit. - Herr Minister Schünemann hat sich zu Wort gemeldet. Sie sind der letzte Redner auf der Rednerliste. Herr Minister, Sie haben das Wort!

Uwe Schünemann, Minister für Inneres, Sport und Integration:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Briese, ich wollte in keiner Weise irgendwelche Institute zitieren, sondern ich wollte Sie einfach nur an meiner Freude teilhaben lassen. Ich habe mit Vertretern von IHKs aus Niedersachsen, insbesondere hier in Hannover, gesprochen. Sie haben dargelegt, es gebe gute Anzeichen dafür, dass es im nächsten Jahr wirklich bergauf geht; denn sogar Spediteure und andere haben wieder erheblich mehr Aufträge als noch zu Beginn dieses Jahres. Das ist ein wichtiges Signal. Wenn wir dadurch tatsächlich wieder mehr Steuereinnahmen haben, dann ist das sicherlich ein positives Signal.

Am Ende eines sehr schwierigen Jahres ist es wichtig, positive Signale aufzunehmen. Man darf dieses Land nicht schlechtreden, sondern wir müssen diesen Wachstumsschub insgesamt begleiten. Das ist ein wichtiger Punkt. Das kann morgen im Bundesrat noch weiter unterstützt werden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Zur Enquetekommission möchte ich nichts sagen, weil das die Sache des Parlaments ist.

Ich möchte aber sehr gerne das aufgreifen, was Herr Jüttner bei seiner Haushaltsrede hier ausgeführt hat. Er hat gesagt: Mit dem Antrag wollen wir in der kommunalen Frage, insbesondere was Gebietskörperschaften und die Gebietsreform angeht, die Hand reichen. - So ungefähr haben Sie es dargelegt.

Heute wird der Zukunftsvertrag unterzeichnet. Damit haben wir den Kommunen zumindest ein Angebot gemacht, und zwar denjenigen Kommunen, die besonders von Strukturschwäche betroffen sind. Einige Kommunen werden von der CDU regiert. Aber der größte Teil wird von Landräten und Bürgermeistern der SPD regiert. Das ist immerhin ein Angebot, für 1,5 Milliarden Euro Kassenkredite Zins und Tilgung zu übernehmen und darüber hinaus verstärkt Strukturhilfe anzubieten.

Mein Wunsch ist, das, was Sie gesagt haben, auch auf der kommunalen Ebene zu kommunizieren und es nicht so zu organisieren, wie wir es von den

kommunalen Spitzenverbänden gehört haben. So sollen nämlich erstmalig Sitzungen von SPD-Bürgermeistern und -Landräten organisiert worden sein, um den Zukunftsvertrag vielleicht doch noch zu Fall zu bringen. Das ist mir gesagt worden. Ob es stimmt, weiß ich nicht.

Mir geht es darum, jetzt vor Ort ernsthaft zu prüfen, ob man strukturelle Veränderungen hinbekommt, und zwar nicht nur weil es mit der Mehrheit von CDU und FDP und gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden einen Zukunftsvertrag gegeben hat.

Das ist direkt vor Ort eine schwierige Frage. Es ist in Lüchow-Dannenberg eine ganz schwierige Frage. Es ist in Northeim und in Holzminden eine schwierige Frage, und im Harz ist es noch schwieriger. Das ist eine wunderschöne Region. Wir haben Gott sei Dank schon Schnee dort. Ich will mir nicht nachsagen lassen müssen, dass ich die Region nicht würdige.

Mir ist am Ende dieser Diskussion ganz wichtig, zu sagen, dass wir diesen Zukunftsvertrag als ein Angebot sehen. Auf der kommunalen Ebene dürfen nicht die rein parteipolitischen Dinge betrachtet und etwas blockiert werden, sondern man muss aufeinander zugehen und die Probleme tatsächlich lösen.

(Johanne Modder [SPD]: Was falsch ist, bleibt falsch!)

Wir machen jetzt ein Angebot der Freiwilligkeit. Ich glaube, es ist sinnvoll, dass man sich über Gutachten die Fakten darstellen lässt und dass man dann die Bürgerinnen und Bürger auf dem gemeinsamen Weg mitnimmt.

Ich habe heute hier im Parlament niemanden gehört, der gesagt hat: Wir können so weitermachen wie bisher. - Wir müssen in einigen Bereichen strukturelle Veränderungen organisieren. Deshalb nehme ich das, was Herr Jüttner hier gesagt hat, ernst. Wir reichen Ihnen die Hand, um gemeinsam etwas auf den Weg zu bringen. Wenn das direkt vor Ort tatsächlich gelingt, dann haben wir im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung sehr viel erreicht. Dies wäre mein Wunsch für das nächste Jahr. Wenn wir dies heute hier im Parlament allgemein so darlegen könnten, haben wir für die Kommunen in unserem Land sehr viel erreicht.

Herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herzlichen Dank, Herr Minister Schünemann. - Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Ausschussüberweisung.

Der Antrag soll an den Ältestenrat überwiesen werden. Gibt es Gegenstimmen? - Nein. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe jetzt den **Tagesordnungspunkt 24** auf:

Der freie Elternwille muss erhalten bleiben -
Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 16/1956

Es besteht Einverständnis unter den Fraktionen darüber, diesen Antrag direkt an den Ausschuss zu überweisen. Der Antrag soll an den Kultusausschuss überwiesen werden. Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist so beschlossen.

Ich möchte Ihnen noch mitteilen, dass der nächste - 20. - Tagungsabschnitt vom 19. Januar bis zum 22. Januar 2010 vorgesehen ist. Der Präsident wird den Landtag einberufen und im Einvernehmen mit dem Ältestenrat den Beginn und die Tagesordnung der Sitzung bestimmen.

Ich wünsche Ihnen etwas, was man sich sonst immer sehr wenig nimmt: Ich wünsche Ihnen ganz viel Zeit - Zeit für sich selbst, Zeit für andere.

(Ulf Thiele [CDU] führt ein Gespräch)

- Herr Thiele, ich wünsche Ihnen auch ganz viel Zeit zum Zuhören; das ist ganz wichtig, so empfinde ich es. Ich wünsche Ihnen Zeit für Zuwendung und auch Zeit für Zärtlichkeit und ein gesundes neues Jahr 2010.

(Beifall)

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss der Sitzung: 12.12 Uhr.